



Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Weder Strauß noch Schmidt/Genscher!

Eine bedeutsame politische Verschiebung hat in Westdeutschland stattgefunden. Etliche Jahre fand der Antisowjetismus größere Unterstützung unter der Bevölkerung der Bundesrepublik als irgendwo sonst in Westeuropa. In den fünfziger und sechziger Jahren war Bonn der loyalste und der am schärfsten antirussisch eingestellte Partner unter Washingtons NATO-Verbündeten. Jetzt stößt der

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

neue von den USA betriebene Kalte-Kriegs-Feldzug auf einen weitverbreiteten Widerwillen. Unter dem Slogan „Sicherheit für die achtziger Jahre“ präsentiert sich Helmut Schmidts SPD bei den kommenden Bundestagswahlen als die Partei des „Friedens und der Entspannung“ gegenüber den kriegstreiberischen Intrigen des Reaktionsärs Franz Josef Strauß. Und in den Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen gewann die SPD vor allem durch Helmut Schmidts Image als „Friedenskanzler“.

Die Veränderung im politischen Klima kommt nicht nur in einer Linksverschiebung auf Wählerebene, sondern auch in Erklärungen im Sinne mächtiger kapitalistischer Interessen zum Ausdruck. Die *Spiegel*-Schlagzeile „Berlin ist wichtiger als Kabul“ verkörperte eine weitverbreitete Meinung in bürgerlichen Kreisen. Der Schmidt-Strauß-Wettkampf spiegelt Spannungen unter den europäischen Bourgeoisien über die Frage wider, welche Haltung man gegenüber Carters und Brzezinskis antisowjetischer Hysterie einnehmen sollte. Insbesondere nach dem Ende der ökonomischen Nachkriegshegemonie der Vereinigten Staaten (symbolisiert durch das Ende der festen Dollar-Wechselkurse im August 1971) hat sich Westdeutschland, wie Japan, zur dominierenden imperialistischen Macht in seiner Region entwickelt. Und, wie die amerikanische *Business Week* einen Leitartikel überschrieb, es ist in zunehmendem Maße „Deutschland, der widerwillige Alliierte“.

Bonn hat begonnen, sich als eine unabhängige Kraft in der Arena internationaler imperialistischer Politik zu behaupten, was zu einer Reihe von Meinungsverschiedenheiten mit Washington geführt hat: in Bezug auf Rußland, Chomeinis Iran, den Rüstungswettlauf. Carters beleidigende Warnungen (als ob er es mit dem Gouverneur seiner puertoricanischen Kolonie zu tun hätte) haben Schmidt nicht davon abhalten können, auf seiner kürzlichen Moskau-Reise die „Euroraketen“ als Verhandlungsköder einzusetzen. Und dann betonte Giscard d'Estaing während seines Staatsbesuchs die besonderen Beziehungen zwischen der Bundeswehr, der größten konventionellen Armee in Westeuropa, und der sich mit Neutronen-

bomben bewaffnenden *force de frappe*. Hinter dem Aufkommen regionaler imperialistischer Mächte verbergen sich wachsende innerimperialistische Rivalitäten, von denen die russischen Stalinisten hoffen, sie bei ihrer illusorischen Suche nach „friedlicher Koexistenz“ mit dem Weltkapitalismus für sich ausschachten zu können.

Seit elf Jahren führt die SPD – als bürgerliche Arbeiterpartei und Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung – in Koalition mit der bürgerlich-liberalen FDP die Regierungsgeschäfte des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus. Denn während die SPD die historische Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse ist, ist sie zugleich die Partei des Lohnstopps, der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften, des Streikbruchs; sie ist die Partei der „inneren Sicherheit“, der Hexenjagd auf Terroristen – wirkliche und angebliche – und auf die gesamte Linke; sie ist die Partei der Stammheimer Schauprozesse gegen die Rote Armee Fraktion (die „Baader-Meinhof-Bande“); und sie ist mehr und mehr die Partei der Deportierung ausländischer Arbeiter. Aber bei den anstehenden Wahlen präsentiert sie sich vor allem als die Partei des „Friedens und der Entspannung“.

Kriegsfurcht in der Bevölkerung

Washingtons Bemühungen, einen neuen Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zu starten, haben Ängste unter der westdeutschen Bevölkerung wachgerufen. Sie hält Carter, und erst recht Reagan, für verrückt genug, unter dem Vorwand des am Ende der Welt liegenden Afghanistans einen Krieg mit Rußland zu beginnen und das Schlachtfeld dann auf Mitteleuropa zu begrenzen. Schmidts SPD trachtet danach, diese neue pazifistische Stimmung für sich auszunutzen. Eines ihrer Wahlplakete in den vergangenen Landtagswahlen war „Wir wollen nie wieder Krieg“ betitelt und bestand aus mehreren Reihen Fotos von Frauen, die laut Bildunterschrift sagten, „Ich möchte meinen Mann nicht verlieren“ oder „meine Söhne“ oder „meine Brüder“. Diese Art von Propaganda hatte nicht nur gegenüber dem rabiaten Reaktionär Strauß, dem deutschen Ronald Reagan, Erfolg, sondern auch gegenüber dem bürgerlich-liberalen Koalitionspartner FDP.

In den bedeutsamen nordrhein-westfälischen Land-



tagswahlen gewannen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit der Sitze, während ihre liberalen Verbündeten unter die Fünf-Prozent-Klausel fielen. Diese Niederlage ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die Freien Demokraten für proamerikanischer als die SPD gelten. In Interviews nach den Wahlen betonte FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher eifrig, daß er wie kein zweiter ein Fürsprecher der Détente sei:

„Kein Konflikt in anderen Gebieten der Welt wird der Lösung einen Schritt näher gebracht, wenn wir bewußt den Kalten Krieg zurück nach Europa bringen. Das Gegenteil ist notwendig.“

Dieser eingefleischte bürgerliche Pro-NATO-Politiker glaubt offensichtlich, solche Dinge sagen zu müssen, um Stimmen zu gewinnen. Und kürzliche Meinungsumfragen geben ihm recht. Eine vom *Spiegel* in Auftrag gegebene vertrauliche Meinungsumfrage im März zeigte, daß 45 Prozent der Befragten die Neutralität der beiden deutschen Staaten als einen Schritt hin zum Frieden in Europa ansahen (und sich nur 34 Prozent gegen eine westdeutsche Neutralität aussprachen).

Diese weitverbreitete pazifistische Stimmung drückte sich nicht nur in Wahlpolitik, sondern auch in militanten Aktionen aus. Höhepunkt war die mehrere tausend Mann starke Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis von

Fortgesetzt auf Seite 2

Entspannung: das war's Seite 6

1 200 Bundeswehrrekruten im Bremer Weser-Stadion anlässlich des NATO-Beitritts der Bundesrepublik vor 25 Jahren, das angesetzt worden war, um die Armee mehr ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu rücken. Teile der Bremer SPD widersetzten sich jedoch dieser an einen wilhelminischen Feldgottesdienst erinnernden Wiederbelebung des preußischen Militarismus.

Stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei zwangen die Armee, den ehemaligen Nazi und jetzigen Bundespräsidenten Carstens, den sozialdemokratischen „Verteidigungsminister Apel und NATO-Größen per Hubschrauber in das Stadion einzuflogen. Die Schlacht wütete bis in die frühen Morgenstunden, Hunderte von Demonstranten wie auch Polizisten wurden verletzt. Als die CDU die Demonstration gegen das Gelöbnis als Wahlkampfmunition gegen die SPD ausnutzen wollte, erlitt sie Schiffbruch. Heraus kam bei der monatelangen „Arbeit“ einer Untersuchungskommission unfreiwillig nur die für alle im Bundestag sitzenden Parteien peinliche Tatsache, daß ein MAD-Agent als KBW-Mitglied bei den Verhandlungen zur Organisierung der antimilitaristischen Demonstration nach dem Motto „Je mehr Molotow-Cocktails, desto besser“ mitgemischt hatte.

Die gerechte Wut gegen das obszöne militaristische Spektakel, die in der Demonstration zum Ausdruck kam, beschränkte sich jedoch nicht nur auf anarcho-spontaneistische Gruppen, deren Versuch der Stürmung des Stadions ein gefährliches Abenteuer war. Der zweite, größere Teil der Demonstration bestand aus liberalen Protestanten, Jusos und selbst Mitgliedern der Landesregierung (wie dem Senator Henning Scherf). Aber weder kleinbürgerlicher Substitutionalismus noch liberaler Pazifismus vermag den wiederauferstehenden deutschen imperialistischen Militarismus effektiv zu bekämpfen. Das kann nur durch eine massive Mobilisierung der Arbeiterklasse geschehen.

DM-Imperialismus

„Die Deutschen stellten die Überlegenheit der DM zur Schau wie Schmissee: Nationalstolz, der Bergen-Belsen überlebt hatte, hing jetzt vom Wechselkurs ab“ (Graham Greene, *Unser Mann in Havanna*).

Trotz der gegenwärtigen Wahlpropaganda der SPD/FDP ist die Bundesregierung schwerlich pazifistisch. Sie verfügt über die größte konventionelle Armee in Europa (abgesehen von der UdSSR), entwickelt eigene Kapazitäten zur Atomwaffenproduktion durch geheime Zusammenarbeit mit Südafrika und ist Verbündeter des sein nukleares Arsenal monströs erweiternden US-Imperialismus. Westdeutschland hat die Verantwortung für den Aufbau der militärischen Kapazitäten der Türkei, seiner zentralen strategischen Gatarbeiterreserve, als Eckpfeiler der NATO-Südflanke übernommen. Dies bedeutet natürlich die Stärkung der aufstrebenden türkischen Pinochets, die mit einem blutigen Putsch drohen, um zu jedem Zeitpunkt die Linke und Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Gleichzeitig weiß die herrschende Klasse, daß sie in der gegenwärtigen Periode in einer militärischen Konfrontation mit der UdSSR nur verlieren kann. Gewiß strebt der deutsche Imperialismus nicht weniger als die USA nach der Zerschlagung der proletarischen Staatsmacht im sowjetischen Block, aber sie geht mit unterschiedlichen Methoden vor. Washington bleibt darauf fixiert, seine nukleare Erstschlagskapazität wiederzugewinnen, die es in den fünfziger und frühen sechziger Jahren besaß, ein Ziel, das die Republikaner unter Reagan jetzt offen in ihre Wahlplattform übernommen haben, die sich für „militärische Überlegenheit“ über die UdSSR stark macht. Westdeutsche herrschende Kreise denken in Begriffen des graduellen „Aufkaufens“ der DDR, Polens usw. und der Unterordnung ihrer Wirtschaftspläne unter die Interessen des deutschen Kapitals. Natürlich ist die Vorstellung einer schrittweisen Restauration des Kapitalismus in Osteuropa durch rein ökonomische Mittel illusorisch. Nichtsdestoweniger unterscheiden sich die ökonomischen Beziehungen Bonns zum Ostblock sehr von denen der USA.

Seit den Ostverträgen von 1970–72 hat der westdeutsche Handel mit dem sowjetischen Block einen Punkt erreicht, wo er fast ebenso groß ist wie der mit den Vereinigten Staaten (1979 waren es 20 Milliarden gegen 24 Milliarden Dollar). Zudem besteht ein erheblicher Teil dieses Handels aus großen langfristigen Industrieprojekten, ausgeführt von wenigen großen Firmen wie den Stahlgiganten Krupp und Mannesmann. Es ist kein Zufall, daß Krupp-Boß Berthold Beitz der lautstärkste Opponent aus der herrschenden Klasse gegen den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau war. Und während sich Bonn widerwillig Carters Olympia-Boykott fügte, machte es auch klar, daß ökonomische Sanktionen gegen den Ostblock nicht in Frage kämen. In einer Fernsehsendung im März verurteilte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischniewski Handelsanktionen als schädlicher für Westdeutschland denn für die UdSSR. Wenn der Kalte Krieg das Thema Nr. 1 in der politischen Diskussion ist, dann ist die Wirtschaft entschieden das Thema Nr. 2. Und beides ist miteinander verbunden. Während Westdeutschland eine der stärksten Ökonomien der Welt hat, hängt es in kritischer Weise vom Export ab. Die scharfe Depression in den Vereinigten Staaten und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten

vieler seiner anderen kapitalistischen Handelspartner drohen den deutschen Kapitalismus in den allgemeinen weltweiten Abwärtssog hineinzuziehen.

Nach den Massenentlassungen bei Opel will jetzt auch Ford 6 000 Arbeiter auf die Straße setzen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit vom Juni auf Juli betrug 9,2 Prozent, die höchste Steigerung seit 1952. Bis zum Jahresende rechnet man mit einer Million Arbeitslosen, in den nächsten Jahren gar mit zwei Millionen, und bürgerliche Ökonomen prognostizieren ebenfalls ein Nullwachstum für die bundesdeutsche Wirtschaft. FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, wohl wissend, daß die Bundesrepublik sich angesichts ihrer Exportorientierung keine großartigen protektionistischen Maßnahmen leisten kann, sah die Lösung für die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Imperialismus nach seiner Japanreise darin, daß die deutschen Arbeiter „mehr arbeiten, weniger krankfeiern, die Produktivität steigern“, womit er sich den geharnischten Protest der Gewerkschaften zuzog.

Unter solchen Bedingungen erhält der westdeutsche Handel mit dem Osten sogar noch größere Bedeutung. Berthold Beitz sandte Helmut Schmidt am Vorabend seiner Moskareise, die auch dem Abschluß eines Handelsvertrages mit 25-jähriger Laufzeit galt, ein Telegramm mit den besten Wünschen für seine Mission. Was die unionsnahe *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, verärgert über die angebliche Kurzsichtigkeit deutscher Kapitalisten, als „Todfeindhandel“ apostrophiert, ist für die am Geschäft Beteiligten eben *profitabler Osthandel*.

Der Charakter der SPD/FDP-Koalition

Die Bundestagswahlen haben Westdeutschland polarisiert. Strauß ist verhaßt und gefürchtet, nicht nur als Kriegstreiber, sondern auch als der reaktionäre bayrische Demagoge, der, mit dubiosen Querverbindungen zu ausländischen Faschisten, mit Polizeistaatsrepression identifiziert wird. Und auch lauthals verkündet, die zu teuren Errungenschaften des „Sozialstaats“ abzubauen zu wollen. Dies ist das erste Mal, wo es der sozialdemokratischen Bürokratie gelungen ist, ihre proletarische Basis in ähnlicher Weise wie 1972 zu mobilisieren, als die CDU/CSU die Regierung Brandt über die Frage der Ostpolitik zu Fall zu bringen versuchte. Und erstmals ist es nicht völlig ausgeschlossen, daß die SPD eine absolute Mehrheit gewinnt.

Die Vorstellung, allein regieren zu müssen, die nach den Wahlen in NRW als Möglichkeit ins Auge gefaßt werden mußte, bereitet der SPD-Führung Sorgen und beunruhigt auch ihre imperialistischen Verbündeten. In der Wahlnacht rief Schmidt den nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten Rau an und fragte, ob man dort „nicht wenigstens die vier FDP-Staatssekretäre behalten kann“, wenn die FDP nicht mehr im Landtag sitzt. Die Sozialdemokraten ketten sich an die Koalition, um ihrer proletarischen Basis ihre vom deutschen Kapital erforderte bürgerliche Politik verkaufen zu können. Seit mehreren Jahren erlebt die Bundesrepublik jetzt Streikbewegungen – in der Stahlindustrie, dem öffentlichen Dienst, bei Hafnarbeitern, in der Druckindustrie – wie es sie in dem Ausmaß seit 1969 nicht mehr gegeben hat. Ohne die Freien Demokraten zu regieren, und das inmitten eines wirtschaftlichen Abschwungs, würde die SPD-Führung den gewaltigen Druck ihrer Gewerkschaftsbasis und eines aktiveren linken Flügels spüren lassen.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Spitze bestätigt die Analyse von Volksfronten und vergleichbaren klassenkollaborationistischen Koalitionen, wie sie von der internationalen Spartacist Tendenz (IST) entwickelt worden ist: daß solche Koalitionen dazu dienen, zeitweise die inneren Widersprüche in bürgerlichen (reformistischen) Arbeiterparteien zugunsten prokapitalistischer Elemente zu unterdrücken. Selbst die Sprachrohre der Großbourgeoisie verstehen dies, zumindestens empirisch, wie beispielsweise die *New York Times* (19. Mai), die über die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen schrieb:

„... es ist zu bezweifeln, ob Herr Schmidt eine sozialdemokratische Mehrheit wünscht. Es würde verstärkten Druck durch den linken Parteiflügel bedeuten, was auf seine letzte Amtsperiode als Kanzler hinauslaufen könnte ... Während seiner letzten sechs Jahre im Amt ist Schmidt oft in der Lage gewesen, die zunehmend aktiveren Linken der Partei sich mit dem Argument vom Leibe zu halten, alle ihre Forderungen seien unvereinbar mit einer Koalition mit den Freien Demokraten, einer Partei des Mittelwegs.“

Dieser Druck wurde recht deutlich auf dem Essener SPD-Parteitag Ende Mai. Nachdem Schmidt und Wischniewski praktisch alle sozialpolitischen Forderungen aus dem Wahlprogramm-Entwurf gestrichen hatten, wurde die Parteizentrale mit Protesten und hunderten von Abänderungsanträgen von Orts-, Kreis- und Bezirksebene überschwemmt. Das Ergebnis: auf dem Parteitag wurde praktisch alles wieder hineingeschrieben – einschließlich, bemerkenswerterweise, der Forderung nach der 35-Stundenwoche, eines detaillierten Abschnitts über die Gleichberechtigung der Frau, Rentenerhöhungen usw.

Nicht zuletzt, um beiden Koalitionspartnern Profi-

lierungsmöglichkeiten zu bieten, legte Herbert Wehner sich dann in der Mannesmann-Kontroverse für die Aufrechterhaltung der Montan-Mitbestimmung ins Zeug und sammelte unter mehr als 200 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Unterschriften für deren gesetzliche Absicherung: wer die Hand gegen die Montan-Mitbestimmung erhebe, der rühre „an den Nerv der zweiten Republik“. Recht hat er. Die Mitbestimmung – sei sie nun paritätisch oder nicht – ist eines der wichtigsten Instrumente der Klassenkollaboration in Westdeutschland nach dem Krieg. So mobilisierte die Gewerkschaftsbürokratie dann auch zehntausende Arbeiter, die für den Erhalt der Montan-Mitbestimmung in Warnstreiks traten. Inzwischen ist aus der Initiative „Herbert Wehners Selbstläufer“ (*Rheinischer Merkur*, 1. August) geworden. Mannesmann-Boß Overbeck bleibt hart, ihm ist – vor allem angesichts der japanischen Konkurrenz – die Montan-Mitbestimmung zu lästig (teuer), und Genscher droht mit dem Bruch der Koalition, sollte die SPD ihre Gesetzesinitiative im Bundestag durchzusetzen versuchen. „So könnte das fast dreißig Jahre alte Montan-Mitbestimmungsgesetz der Bundesrepublik ein seltenes Schauspiel beschieren: einen politischen Streik. Die alten Kampfzeiten kehren eben wieder“, schreibt der bürgerlich-konservative *Rheinische Merkur* (1. August). Ein massiver politischer Streik, würde er auch unter einer reformistischen Stoßrichtung geführt, ist das letzte, was die SPD-Bonzen sich wünschen.

Nein zur Politik des „kleineren Übels“

Die SPD ist die traditionelle Partei der deutschen Arbeiterklasse und seit 1945 die einzige Arbeitermassenpartei in Westdeutschland. Deshalb ist die Haltung einer vorgeblich revolutionären Organisation zur SPD ein entscheidender Prüfstein. Es ist von großer Bedeutung für die europäische Revolution, daß das mächtige deutsche Proletariat aus dem Würgegriff seiner verräterischen Führer aus SPD und Gewerkschaftsbürokratie befreit wird. Da die Sozialdemokratie ein entscheidendes Hindernis für die Entwicklung revolutionären Bewußtseins unter der deutschen Arbeiterklasse ist, trachtet die revolutionäre Avantgarde danach, die proletarische Basis der SPD von ihrer bürgerlichen Führung zu *brechen*.

Wenn Kommunisten gemeinsam mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Klassenfeind stehen und keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen haben, dann gibt es eine Erfahrung, die, wie Trotzki sagte, die Revolutionäre niemals mit den Massen „teilen“ dürfen: Klassenkollaboration. Und genau das verkörpert die SPD/FDP-Koalition. Wie wir anlässlich einer außerordentlichen Konferenz der revisionistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) im Juni in einem Flugblatt schrieben:

„Für eine revolutionäre Taktik gegenüber der Sozialdemokratie – ja! Das kann von kritischer Wahlunterstützung wie der Strick den Gehängten bis zum kurzfristigen Entrismus der Kommunisten in einer intern polarisierten Sozialdemokratie gehen. Aber bei den jetzigen Wahlen der SPD eine Stimme zu geben, die in Koalition mit einer bürgerlichen Partei regiert und in der letzten Periode eine offen arbeiterfeindliche Politik betreibt, hieße reformistische Illusionen nur zu verstärken.“

Die westdeutsche „extreme Linke“ wird von maoistischen und exmaoistischen Organisationen dominiert, die sich heute in einer tiefen Krise, in einem Prozeß von Spaltungen und Selbstauflösung befinden. Die selbsternannten „trotzkistischen“ Gruppen erklären die Sozialdemokratie entweder zur „bürgerlichen Partei“, die sich freilich „auf die Arbeiterklasse stützt“ (wie der workeristische Flügel der GIM und der Spartacusbund), oder kapitulieren schlichtweg vor der SPD wie die Anhänger Ernest Mandels in der GIM. Ganz zu schweigen von der ISA (Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation), die sich in der SPD und den Jusos tief vergraben hat und in manchen Aspekten *rechts* von Helmut Schmidt steht. Das organisatorische Chaos und die prinzipienlosen Manöver der GIM-Führung bewirkten den Verlust eines Drittels der Mitgliedschaft in den letzten anderthalb Jahren. Das traurige Schau-

Fortgesetzt auf Seite 8

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 1

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen
Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 01 733-7430

Polnische Sozialdemokraten Arm in Arm mit klerikaler Reaktion Papst Wojtylas Dissidenten



KOR-Führer Kuron und Michnik begrüßen den Papst als „Verteidiger der Menschenrechte“

„Die Streiks in Polen markieren eine bedeutende Wende in Osteuropa, da Arbeiter und intellektuelle Dissidenten in einem entscheidenden Konflikt mit der Regierung ihre Kräfte vereint haben“ heißt es in einem Kommentar in der *New York Times* (23. August). Über das Bestehen dieser Allianz gibt es keinen Zweifel.

Seit Beginn der polnischen Streikwelle Anfang Juli und in den frühen Stadien der Schiffsverftbesetzungen waren Dissidentenkreise in Warschau die Hauptquelle für die imperialistische Presse. Außerdem standen einige der tonangebenden Streikführer in den letzten Jahren öffentlich mit oppositionellen Verteidigungsgruppen in Verbindung, und sie haben prominente katholische Intellektuelle als „sachverständige Berater“ einbezogen. Während die herrschende Bürokratie zögerte, gegen die Arbeiter in den Ostseehäfen gewaltsam vorzugehen, hat die Polizei am 20. August in der Hauptstadt 14 bekannte Dissidenten unter der Anklage festgenommen, einer illegalen Vereinigung anzugehören.

Wer sind die polnischen Dissidenten? Westliche Kommentatoren preisen das Aufkommen eines „Bündnisses von Arbeitern und Intellektuellen“. Doch die nicht-stalinistische linksgerichtete Presse schlägt die gleichen Töne an. So finden wir ihm gewogene Interviews mit dem Dissidentenführer Jacek Kuron überall abgedruckt, von der liberalen *Le Monde* und dem *Spiegel* bis hin zu der Presse des vorgeblich trotzkistischen Vereinigten Sekretariats. Die *New York Times*-Kolumnistin Flora Lewis, ehemalige Mitarbeiterin der OSS, Vorläuferorganisation des CIA im Zweiten Weltkrieg, lobt Kuron inzwischen als „verantwortungsbewußten Menschen, Gemäßigten und Patriot“. Ist dies die „neue Koalition“, nach der die intelligenteren unter den westlichen Planern einer Konterrevolution in den degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks Ausschau gehalten haben, da mit den ausgedienten Phrasendreschern des alten Kalten Krieges kein Staat mehr zu machen ist? Oder handelt es sich um den Beginn einer Bewegung für „sozialistische Demokratie“, wie einige Linke es uns glauben machen wollen?

Fest steht, daß *keine* der prominenten Gruppen und Persönlichkeiten unter den Dissidenten ein gutes Wort für den Sozialismus übrig hat; dieser wird vielmehr mit der Perversion proletarischer Herrschaft in Gestalt der gegenwärtigen stalinistischen Bürokratie identifiziert. Die Rolle der Dissidenten als Verbindungsglied zu den kapitalistischen Medien ist nichts neues – Sacharow hat sie jahrelang in der Sowjetunion gespielt. Ebensovienig sind Appelle an die Imperialisten auf dem Wege über die UNO oder durch Berufung auf die Helsinki-Abkommen usw. neu. Was an den polnischen Dissidenten, die von Sozialdemokraten bis zu offen reaktionären Nationalisten à la Pilsudski rangieren, besonders übel ist, ist ihre aktive (und weithin erfolgreiche) Bemühung, ein Bündnis mit der katholischen Hierarchie zustande zu bringen. Denn es ist die Kirche, gemeinsam mit der landbesitzenden Bauernschaft, die die soziale Basis der Konterrevolution in Polen darstellt.

KSS-KOR: Sozialdemokraten für den Papst

Die meiste Publicity im Westen hat die Dissidentengruppe „Komitee für soziale Selbstverteidigung“ (KSS), besser bekannt unter ihrem ursprünglichen Namen „Arbeiterverteidigungskomitee“ (KOR). Der führende Sprecher von KSS-KOR ist Jacek Kuron, und zu den Korrespondenten der KOR-Zeitschrift *Robotnik* zählt Lech Walesa, der Führer des überbetrieblichen Streikkomitees mit seinem Zentrum auf der Leninwerft in Gdansk. Das KOR wurde 1976 nach der Unterdrückung der Streiks von Radom und Ursus gebildet und konzentrierte ursprünglich seine Aktivitäten darauf, Sammlungen für die Hunderte von damals verhafteten und entlassenen Arbeitern durchzuführen und ihre Freilassung bzw. Wiedereinstellung zu fordern. Nach einer Generalamnestie ein Jahr später wurde das Komitee zum KSS und konzentrierte sich darauf, mittels *Robotnik* Beziehungen zu wichtigen Fabriken herzustellen. Der größte

Teil der pseudotrotzkistischen Linken im Westen hat das KSS-KOR mehr oder minder stark unterstützt.

Wegen seines Namens und seines Ursprungs sowie der Reputation von Kuron wird KOR von oberflächlichen Beobachtern bisweilen als „marxistisch orientiert“ bezeichnet. „Sozialdemokratisch“ wäre eine weitaus exaktere Beschreibung und sogar diese Formulierung wird einigen anti-marxistischen Elementen in seinem Umkreis nicht gerecht. Von den ursprünglich 24 Begründern des KOR waren sechs ehemalige Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei



Wojtyla: Sein päpstlicher Segen gilt der Konterrevolution

der Vorkriegszeit (PPS), unter ihnen der prominente Ökonom Edward Lipinski (*Robotnik* war auch der Name der PPS-Zeitung). Die Liste enthält aber auch einen ehemaligen Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei, einen Delegierten der Londoner Exilregierung während des Zweiten Weltkriegs, verschiedene Aktivisten der Studentenbewegung von 1968 (unter ihnen den Historiker Adam Michnik), linkskatholische Schriftsteller (wie das ehemalige Parteimitglied Jerzy Andrzejewski, den Autor von *Asche und Diamant*), verschiedene Veteranen des Warschauer Aufstands von 1944 und den Pfarrer Jan Zieja, „polnischer Armeekaplan in den Kampagnen von 1920 und 1939“, das heißt einen in der Woll gefärbten pilsudskitreuen Priester, der zweimal die Rote Armee bekämpfte.

Jacek Kuron wurde im Westen zuerst als Mitautor des 1964 zusammen mit Karol Modzelewski verfaßten „Offenen Briefes an die Mitglieder der PVAP“ bekannt. Hierfür wurde er zum Opfer der bürokratischen Repression und mußte sechs Jahre im Gefängnis verbringen. Das Vereinigte Sekretariat pries den Kuron-Modzelewski-Text trotz seines syndikalistischen Programms und seiner verworrenen Analyse (Polen wurde als „bürokratischer Staat“ bezeichnet) als „erstes revolutionär-marxistisches Dokument“, das nach dem Kriege im Sowjetblock entstanden sei. Seitdem hat Kuron sich jedoch weit nach rechts bewegt und stellt jetzt den Kampf in Osteuropa nach dem Schema „Pluralismus contra Totalitarismus“ dar. In seinen „Gedanken über ein Aktionsprogramm“ unterstützt Kuron die

Kämpfe der Bauern um privates Eigentum, behauptet, daß „die katholische Bewegung kämpft, um die Gewissensfreiheit und menschliche Würde zu verteidigen“ und schließt mit einem Aufruf für die „Finlandisierung“ Polens:

„Wir müssen einen Status ähnlich dem Finnlands anstreben: eine parlamentarische Demokratie mit begrenzter Unabhängigkeit auf dem Felde der Außenpolitik, soweit die direkten Interessen der UdSSR berührt werden.“

Die klerikale Opposition

Von Marxismus keine Spur. Aber dieses sozialdemokratische Programm für eine friedliche kapitalistische Restauration repräsentiert den *linken* Flügel der Dissidentenbewegung. Der rechte Flügel ist offen klerikal-nationalistisch. 1977 gab es eine Spaltung des KOR, die zur Bildung der ROPCIO, der Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte, führte. Letztere fußt auf der Gründungsdeklaration der UNO und dem Helsinki-Abkommen und erklärt sich selbst als Instrument zur „Kooperation mit allen internationalen Organisationen, die die Menschenrechte verteidigen“. Während KOR *Robotnik* publiziert, gibt ROPCIO *Gospodarz* (Der Bauer) heraus und wendet sich an die katholische bäuerliche Bevölkerung. Und worum es sich hier handelt, ist durchaus nicht der Katholizismus des Zweiten Vatikanischen Konzils. Der *Economist* (9. September 1978) redet von diesem Gebilde als einer „Hochburg der konservativeren, nationalen und – bei einigen seiner Mitglieder – traditionell antisemitischen Tendenzen“. Um ROPCIO genauer zu charakterisieren, braucht man nur zu wissen, daß der erste Unterzeichner seiner Plattform der General Borutz-Spiechowicz ist, der höchste aktive General Vorkriegs-Polens, und daß ROPCIO Pilsudski-Kalender vertreibt.

Aus ROPCIO wiederum ging eine noch reaktionärere Gruppe hervor, die „Konföderation des unabhängigen Polens“ (KPN), deren erklärtes Ziel es ist, „die sowjetische Herrschaft durch die Liquidierung der Macht der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zu beenden“. Dann gibt es die „Polnische Liga für Unabhängigkeit“ (PPN), eine klandestine Gruppierung, Überbleibsel der ultrarechten, antisemitischen, faschistischen Nationaldemokratischen Partei der Vorkriegszeit. Sie alle decken sich natürlich durch Rhetorik über „Demokratie“ ab. Dies führt zu dem polnischen Dissidentenwitz: „Frage: Was ist ein polnischer Nationalist? Antwort: Jemand, der die Juden aus Polen vertreiben will, obwohl es dort gar keine mehr gibt.“ Respektabler als diese Mochteger-Pogromhelden ist die liberale katholische ZNAK-Bewegung, die verschiedene Repräsentanten im Parlament hat. Während ZNAK klandestine Bravouraktionen den Randgruppen überläßt, ist ihr Ziel nicht weniger konterrevolutionär: sie wartet hauptsächlich auf eine Explosion, wo sie dann als einzige Opposition mit Massenbasis eingreifen kann.

Der Papst der Dissidenten

Der Kern der klerikalen Opposition ist natürlich die katholische Hierarchie, eine disziplinierte Armee, die vom Dorfpriester bis hin zum Vatikan reicht. Stalins berühmte Bemerkung „Wieviele Divisionen hat der Papst?“ zeugt von militärischem Realismus. Im katholischen Polen jedoch – heutzutage wahrscheinlich das katholischste Land Europas (sogar die Männer gehen dort zur Messe!) – ist die Kirche eine machtvolle politische Kraft. Ungleich dem ungarischen Kardinal Mindszenty, der sich durch seine Zusammenarbeit mit der Horthy-Diktatur diskreditiert hatte, könnte der polnische Papst (der sich brüstet, auch einmal Arbeiter gewesen zu sein) ein wirkungsvoller Attraktionspol sein, um den sich die Konterrevolution sammelt. Ein aufschlußreicher Artikel des früheren Redakteurs des CIA-Hausorgans *Problems of Communism*, Abraham Brumberg, stellt dies deutlich heraus:

„Die katholische Kirche war entscheidend für das Wachsen der politischen Opposition in Polen. Hätte es nicht die Unterstützung für die Kirche gegeben, wäre es auch der von Kuron beschworenen neuen Allianz von Intelligenz, Dorf und Arbeitern nicht gelungen, den Haß der

Fortgesetzt auf Seite 4

Erste trotzkistische Kandidatur an Frankfurter Uni: Ein Erfolg für revolutionäre Politik

Die erstmalige Beteiligung der Studentenfraktion der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) an den Wahlen zum Studentenparlament (Stupa) an der Frankfurter Uni im Sommersemester 1980 endete mit einem politischen Erfolg: 38 Kommilitonen und Genossen stimmten für die einzige revolutionäre Liste. Eine unangenehme Überraschung für unsere reformistischen Gegner von KSB (Kommunistischer Studentenbund des KBW), MSB (Marxistischer Studentenbund der DKP) bis zu den kleinbürgerlichen Spontis, die gehofft hatten, die Trotzkisten würden „unter sich“ bleiben.

„Wählt Kommunisten! Wählt TLD!“ Unter dieser Parole nutzten wir den Wahlkampf, um unsere revolutionäre Perspektive an der Uni bekanntzumachen. Die Studentenfraktion der TLD führte rote Kundgebungen und eine öffentliche Schulungsreihe zu zentralen politischen Fragen durch: „Nieder mit der NATO! Für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan! Nein zum Schleier: Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!“ Wir haben klargemacht, daß wir keine Pazifisten sind: das faschistische Pack kann nur gestoppt werden, indem die organisierte Arbeiterbewegung es zerschlägt. Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie können nur vereitelt werden, indem die Arbeiterklasse die Kapitalisten durch die soziale Revolution stürzt. Und die Länder, wo die Herrschaft der Bourgeoisie durch die soziale Revolution zerschlagen worden ist, müssen gegen die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus bedingungslos verteidigt werden, wobei wir gleichzeitig für die politische proletarische Revolution gegen die Bürokratien von Moskau über Kuba bis Peking kämpfen.

Die TLD ist an der Uni durch ihre Gegnerschaft zur islamischen Reaktion bekanntgeworden: gegen den großpersischen Chauvinisten Chomeini, der Völkermord an den Kurden praktiziert, der die Linke in Iran blutig unterdrückt, den Frauen den Schleier aufzwingt, ebenso wie gegen die vorfeudale Mullaharistokratie Afghanistans, wie auch gegen ihre pakistanischen (und imperialistischen) Geldgeber. Auf einer Afghanistanveranstaltung Anfang

dieses Jahres wurden Genossen von uns von afghanischen Reaktionären und ihrem maostalinistischen Fußvolk angegriffen, ein Genosse, Fred Z., durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt. Die von der TLD zirkulierte Protesterklärung unterschrieben hunderte Gewerkschafter, Studenten und Dozenten – der „gewaltlose“ Sponti-ASTa unterstützte die Lügenkampagne der potentiellen Mörder, indem er Täter und Opfer gleichsetzte. Der Wahlkampf der Spontis drückte sich darin aus, daß sie auf der einzigen in diesem Semester stattfindenden Uni-Vollversammlung jede politische Diskussion durch Theaterspiele unmöglich zu machen versuchten. Eine ihrer weiteren Spezialitäten waren „Diskussionen“ mit dem Unipräsidenten Kelm, so sollte auf einer Veranstaltung mit Kelm „geklärt“ werden, ob Polizeieinsätze gegen streikende Studenten notwendig sind! Die TLD mobilisierte als *einzige* Organisation dagegen: „Mit Kelm gibt es nichts zu diskutieren! Keine Polizei an der Uni!“

Auch unsere anderen politischen Gegner vom MSB bis zum KSB gaben ein jämmerliches Bild ab. So versuchte der moskautreue MSB alle zentralen politischen Fragen hinter seinem unibornierten Wahlkampfmotto „Sinnvoll leben, studieren und kämpfen“ zu verstecken. „Ich scheiße auf die Rüstung“ war ein weiterer eingängiger Slogan. Dieser Pazifismus ist offensichtlich nicht die Politik der Roten Armee in Afghanistan in ihrem Kampf gegen die reaktionären Moslemrebellen, weshalb bei den meisten MSBlern eine ausgesprochene Afghanistan-Neurose festzustellen ist. Der MSB möchte seinen studentischen Wählern weismachen, daß die Rotarmisten nur den Kabuler Straßenverkehr regeln. Aber in Afghanistan *kämpft* die Rote Armee, auf der richtigen Seite, wenn auch aus bürokratischem Eigeninteresse.

Der KSB hatte wohl sehr bald bedauert, daß er diesmal unter eigener Flagge und nicht wie üblich als Maulwurf in irgendwelchen „fortschrittlichen“ Studentengruppen kandidierte. Denn er propagierte *nicht* offensiv die politischen Positionen des KBW – Unterstützung des Mörders Chomeini, Seite an Seite mit Carter, Zia und der ganzen „Menschenrechts“-Mafia gegen die Rote Armee

in Afghanistan. Während der Wahl erschien ein Plakat, das als Höhepunkt einer Sammlung reformistisch-ökonomischer, auf die Uni beschränkter Forderungen die Reformierung – nicht einmal die Abschaffung – des repressiven Hochschulrahmengesetzes (HRG) forderte. Der KSB halbierte verdientermaßen seine Stimmen auf knapp über hundert. Wer von seinen Wählern geglaubt hat, einer kommunistischen Liste seine Stimme gegeben zu haben, hat seine Stimme verschenkt.

Die Jusos als Wahlkampfgäule der SPD an der Uni produzierten einen Aufkleber: „Kauft mehr Kriegsspielzeug – und schenkt es der trotzkistischen Liga!“ Das Spielzeug brauchen sie selber für ihre Sandkastenkämpfe als „Linke“ in der SPD, während Helmut Schmidts Bundesregierung aufrüstet.

Bei den Stupa-Wahlen – wie oft bei Wahlen zu bürgerlichen Vertretungskörperschaften – ist wieder kräftig ins Arsenal des Wahlbetrugs gelangt worden. Die Folge von Wahlkretinismus ist immer Schieberei und Bestechung, unabhängig davon, ob nun die Spontis die Sache unter sich ausmachen, oder ob die bürgerlichen Vertreter im Wahlausschuß diesmal ebenfalls Gelegenheit bekamen, ihre Qualifikation als zukünftige Kader der Bourgeoisie effektiv unter Beweis zu stellen. Sollte es im Wintersemester Neuwahlen geben, werden wir Trotzkisten den „Wahlkampf“ erneut als Tribüne für revolutionäre Propaganda nutzen.

Die TLD hat nicht kandidiert, um die Spielwiese des Stupa um eine linke Fraktion zu bereichern. Unser Ziel ist, Studenten, die von „neulinker“ Politik und den zerfallenden, bürokratisch erstarrten pseudorevolutionären Organisationen angewidert sind, für den Aufbau der revolutionären Partei zu gewinnen. Wer uns gewählt hat, hat *bewußt* für unsere Politik gestimmt: von kurdischen und iranischen Studenten, die wissen, daß jede Stimme für die TLD eine Stimme gegen den Mörder Chomeini ist, bis zu den Kommilitonen, die zu dem Schluß gekommen sind, daß nur Trotzkisten *den Willen und das Programm* haben, die Welt zu verändern. ■

Dissidenten...

Fortsetzung von Seite 3

Autoritäten zu überleben“ (*New York Review of Books*, 8. Februar 1979).

Brumberg hebt hervor, daß die ursprünglichen KOR-Forderungen nach einer Amnestie für die verhafteten und entlassenen Streikenden von 1976 fast identisch waren mit den Forderungen des Episkopats. „Seit dem sind die Parallelen zwischen den Stellungnahmen der Kirche – und dabei besonders des Kardinals Wyszyński, den Michnik, wenn auch nicht unkritisch, sehr bewundert – und denen der Opposition immer auffallender geworden“. Er hebt hervor, daß die Anhänger der ZNAK-Gruppe sich an den vom KOR ins Leben gerufenen „fliegenden Universitäten“ beteiligt haben. Diese „fliegenden Universitäten“ haben in Krakau mit Erlaubnis des damaligen Erzbischofs Woityła Kirchen für ihren Unterricht benutzt. Michnik beschreibt den neuen Papst als einen der beiden „Mitbegründer der antitotalitären Politik des polnischen Episkopats“ (*Der Spiegel*, 23. Oktober 1978). Michnik, ein Jude, ist so ver-

sessen auf den neuen, „aufgeklärten“ Pontifex maximus, daß er über den Papstbesuch im letzten Jahr schrieb:

„Es wird eine gewaltige Demonstration der Verbundenheit der Polen mit der Welt der christlichen Kultur sein, eine Demonstration ihrer Solidarität mit der katholischen Kirche, eine Demonstration ihrer Sehnsucht nach Freiheit, deren Beschützer sie in ihrem Landsmann Johannes Paul II sehen, dem Verteidiger der Menschenrechte“ (*Der Spiegel*, 4. Juni 1979).

Für Trotzkismus in Polen!

Dieser Lobgesang auf den Bannerträger kapitalistischer Restauration in Polen wurde kommentarlos in *Labour Forum on Eastern Europe* (Juli/August 1979) abgedruckt, einer gemeinsamen Publikation von Anhängern des VS und der „staatskapitalistischen“ britischen SWP Tony Cliffs. Doch diese Pseudotrotzkisten sind mit solch einer lauen Brühe noch nicht zufrieden. Eine nachfolgende Ausgabe des *Labour Focus* druckt ein Interview der französischen VS-Zeitschrift *Rouge* mit Leszek Moczulski ab. Dieser war Mitglied der Moczar-Fraktion der PVAP gewesen, als diese die anti-semitische Säuberung von 1968 vorantrieb. Nun ist er Vorsitzender der KPN. Die Zeitschrift kommentiert, Moczulski sei militanter gegenüber der Regierung als das KOR und lobt die Bildung seiner klerikal-reaktionären Partei als „ein fast noch nicht dagewesenes Ereignis in der Geschichte Osteuropas seit den späten vierziger Jahren“. Inzwischen jammert VS-Führer Ernest Mandel, daß die stalinistische Bürokratie in Polen kein „demokratisches und intensives politisches Leben erlaubt, einschließlich einer legalen katholischen Partei...“ (*International Internal Discussion Bulletin* Oktober 1979).

Diese Kuppelei für die klerikale Reaktion ist weit entfernt von der revolutionären Sozialdemokratie Rosa Luxemburgs, die 1905 schrieb:

„Der Klerus, nicht weniger als die kapitalistische Klasse, lebt auf dem Rücken des Volkes, profitiert von der Erniedrigung, der Unwissenheit und der Unterdrückung des Volkes. Der Klerus und die parasitären Kapitalisten lassen die organisierte, ihrer Rechte bewußte Arbeiterklasse, die für die Eroberung ihrer Freiheiten kämpft“ (Sozialismus und die Kirchen).

Es ist tatsächlich so, daß wir in allen Publikationen polnischer Dissidenten, die wir herangezogen haben, auf etli-

chen hundert Seiten *keine einzige* Erwähnung Rosa Luxemburgs gefunden haben, die Polens größten Beitrag für die marxistische Bewegung geleistet hat. „Natürlich“ – sie war ja auch Jüdin und nicht polnische Nationalistin. Aber ebensowenig gibt es eine Erwähnung anderer authentischer polnischer Kommunisten, wie z. B. Julian Marchlewski, Leo Jogiches oder Felix Dzierzynski. Eines der größten Verbrechen der polnischen Bürokratie ist, daß sie den Namen des Kommunismus unter denkenden Arbeitern diskreditiert hat.

Die gegenwärtige Schar der polnischen Dissidenten ist der Sache des proletarischen Sozialismus überwiegend *feindlich* gesinnt. Sie agieren als direkte Verbindungsglieder zur Kirche und zum Westen. Heute haben wir es nicht mit „dissidenten“ Stalinisten vom Schlage Titos zu tun. Im Gegenteil: die linken unter ihnen stellen das osteuropäische Äquivalent des „Eurokommunismus“ dar. Aber während dieser im kapitalistischen Westen nur eine neue Variante des Reformismus ist, noch stärker mit der „eigenen Bourgeoisie“ verbunden, bedeutet der Übergang vom Stalinismus zum Eurokommunismus in den Staaten des Sowjetblocks der Eintritt in das Lager der Konterrevolution. Authentischer Trotzkismus steht nicht für die falsche „Einheit aller antistalinistischen Kräfte“ – einschließlich der Schüler Wojtylas und Brzezinskis – sondern für eine klassenbewußte kommunistische Opposition zur parasitären Bürokratie. Und diejenigen Mächtigen-Linken, die heute den Kurons und Michniks folgen, sollten eines erkennen: wenn sie es schaffen sollten, zusammen mit den klerikalen Reaktionen eine nationale Revolte zum Siege zu führen, dann werden Gierek & Co. die ersten sein, denen es an den Kragen geht, *aber sie werden die nächsten sein*.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 263, 5. September 1980

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly
of the Spartacist League/U.S.

– 25,- DM for 24 issues – AIRMAIL
– 8,- DM for 6 introductory issues –
AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

TLD-Kontaktadressen

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

WESTBERLIN: Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11

Polen...

Fortsetzung von Seite 12

Obwohl die imperialistischen Medien immer jegliche Unterstützung für antikommunistische Ideologie im Ostblock aufbauen, ist es fraglos richtig, daß sich die Streikenden in beträchtlichem Maße mit der mächtigen oppositionellen katholischen Kirche identifizieren. Es sind nicht nur äußerliche Zeichen – das tägliche Absingen des alten nationalen Kampflieds „Gott schütze Polen“, tausende von streikenden Arbeitern, die zur Messe niederknien und die allgegenwärtigen Bilder von Papst Wojtyla (gleichzeitig beschwert man sich gegenüber der PVAP über „Personenkult“). Unter den Beratern des Streikkomitees sind katholische Intellektuelle, die von Tadeusz Mazowiecki angeführt werden, dem Herausgeber einer führenden katholischen Zeitschrift.

Noch ominöser war die Forderung nach „Zugang der Vertreter aller Glaubensbekenntnisse (sprich: der römisch-katholischen Kirche) zu den Massenmedien“, ein Vorrecht, für das der polnische Episkopat sich schon lange stark gemacht hat. Dies ist eine anti-demokratische Forderung; ihre Durchsetzung würde die Kirche in ihrer gegenwärtigen Rolle als anerkannte Opposition zum stalinistischen Regime legitimieren. Bezeichnenderweise reklamierte das Streikkomitee dieses Recht auf Medienzugang weder für sich noch für die „freien Gewerkschaften“, für deren Schaffung es kämpft. Letzten Endes forderten die Werftarbeiter eine Staatskirche in einem deformierten Arbeiterstaat.

Die Kirche ist jedoch keineswegs loyal gegenüber dem Arbeiterstaat. Im Gegenteil! Die polnische (virulent antisemitische) Kirche ist ein Bollwerk der Reaktion selbst im Rahmen des Weltkatholizismus. In den Augen eines polnischen Dorfpfarrers müssen weite Kreise des westeuropäischen, ja sogar des nordamerikanischen Katholizismus (vom lateinamerikanischen ganz zu schweigen) als „kommunistisch unterwandert“ erscheinen. Vor allem seit der Krise von 1976 hat die polnische Kirche ihren Antikommunismus immer offener und aggressiver an den Tag gelegt. Anfang letzten Jahres bemerkte das *Wall Street Journal*:

„So ist die Priesterschaft effektiv eine Oppositionspartei geworden. Die Anzahl der Priester ist auf dem Höchststand von 19 500, und viele widersetzen sich offen der kommunistischen Partei, indem sie Kirchen ohne die Zustimmung der Regierung bauen.“

In diesem Artikel wird auch hervorgehoben, daß ein bestimmter Prälat die Verantwortung für die wachsende oppositionelle Haltung der Kirche trug.

„In den vergangenen Jahren hat die Kirche unter dem Krakauer Kardinal Wojtyla eine scharfe Wendung gegen die Regierung durchgeführt; Wojtyla erwarb sich das Vertrauen der Universitätsstudenten, indem er ihnen die Kirchen der Stadt für ihre regierungsfeindlichen Diskussionsgruppen zur Verfügung stellte.“

Nur wenige Monate zuvor war dieser Kardinal aus Krakau zum „unfehlbaren“ Kopf der römisch-katholischen Kirche geworden, der erste nichtitalienische Nachfolger auf dem Thron des Heiligen Petrus seit vier Jahrhunderten. Karol Wojtyla ist ein gefährlicher Reaktionsär, der mit dem US-Imperialismus Hand in Hand arbeitet (insbesondere mit seinem Landsmann Zbig Brzezinski), um den „atheistischen Kommunismus“ zurückzurollen; in seiner Heimat möchte er damit den Anfang machen. Als dieser polnische Antikommunist Papst wurde, schrieben wir: „... er steht jetzt an der Spitze vieler Millionen praktizierender Katholiken in Osteuropa, einer gewaltigen Kraft für eine Konterrevolution“ („The President's Pope?“, *Workers Vanguard* Nr. 217, 20. Oktober 1978).

Die Macht und die Gefährlichkeit der polnischen katholischen Kirche tritt in der gegenwärtigen Krise offen zutage. Am Tag der Besetzung der Lenin-Werft führte Kardinal Stefan Wyszyński 150 000 „Pilger“ an, um den Sieg des bürgerlichen Nationalisten Pilsudski über die sowjetische Rote Armee im Jahre 1920 zu feiern, und erinnerte sie daran, wie die Polen handelten, als „die Freiheit des Lebens gefährdet wurde“ (UPI, 15. August). Eine Woche später erklärte Papst Wojtyla vor tausend Polen im Vatikan, „Wir sind eins mit unseren Landsleuten“ – unter den gegebenen Umständen ein bewußt provokativer Akt.

Der polnische Episkopat, der sowohl eine russische militärische Intervention (Streitkräfte des Warschauer Pakts hielten in Ostdeutschland Manöver ab) als auch die eigene Unfähigkeit fürchtete, einen Arbeiteraufstand zu kontrollieren, nahm eine etwas andere, vorsichtiger Haltung ein. Er wartete ab, bis das Regime öffentlich auf die Ernsthaftigkeit des Generalstreiks an der Ostseeküste hinwies und warnte dann, während er seine Sympathie für die Ziele der Arbeiter zum Ausdruck brachte, vor „verlängerten Arbeitsniederlegungen“. Als der Streik begann, sich auf andere Gebiete auszuweiten, ließ das Regime Wyszyński im Fernsehen auftreten, um die Arbeiter zur Beendigung des Ausstands aufzurufen. Ein paar Tage später dann wich die kirchliche Hierarchie von ihrer Haltung der übermäßigen Unterstützung der Regierung ab. Aber was auch immer die



Streikführer Lech Walesa: sein Weg führt nach Rom

taktischen Kalkulationen des polnischen Episkopats sein mögen, die Kirche wird in einem Machtvakuum, gutorganisiert wie sie ist und mit ihrer Massenbasis, eine potentielle Agentur für die soziale Konterrevolution sein. Man kann eine Art Mitgefühl für die politische Lage von Gierek & Co. hegen. Außer dem Falle einer politischen Revolution würde es einen J. W. Stalin bedürfen, um die Kirche zu säubern und etwa 18 000 Priester in Zwangsarbeitslager zu sperren. Aber dann würde Polen immerhin eine ganze Reihe neuer öffentlicher Büchereien mit Kirchtumsspitzen oben drauf bekommen.

„Freie Gewerkschaften“?

Bis kurz vor Unterzeichnung des Abkommens war der Generalstreik auf die Ostseeküste begrenzt, eine Region, deren neuere Geschichte sich vom Rest Polens sehr unterscheidet. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die Großstädte an der Ostseeküste – Danzig (Gdansk), Stettin (Szczecin) – hauptsächlich von Deutschen bevölkert. Im Zuge der Konsolidierung des stalinistischen Polens nach dem Krieg wurden die Deutschen vertrieben und die Region von Polen neubesiedelt, die aus den von der Sowjetunion annektierten östlichen Territorien kamen. So daß die Arbeiter der Ostseeküste, obwohl sie in hohem Maße mobil und aktivistisch sind, nicht über die sozialistische Tradition verfügen, die den anderen zentralen Teilen des polnischen Proletariats gemein sind – den Arbeitern in der Schwerindustrie in der Gegend von Warschau und Krakau, den Textilarbeitern von Lodz, den schlesischen Bergarbeitern. Hätte sich der Generalstreik auf ganz Polen ausgeweitet, dann hätte sich seine politische Stoßrichtung möglicherweise nach links verschoben und sich vom Klerus abgewendet.

Gierek versuchte zur Beendigung der Krise den gleichen Handel auszumuscheln, den er um die Jahreswende 1970/71 praktiziert hatte, aber er scheiterte diesmal damit. Damals gab er den rebellierenden Arbeitern Gomulkas Kopfpreis, jetzt offerierte er die Köpfe seines Chefassistenten Edward Babiuch und drei anderer Politbüromitglieder. Als Antwort auf die Forderung der Arbeiter nach „freien Gewerkschaften“ bot er ihnen freie Wahlen in der offiziellen Gewerkschaft an. Aber 1971 versprach er den Arbeitern der Ostseeküste das gleiche und nahm alles wieder zurück, als die Krise nachließ. Der Führer des Streikkomitees, Lech Walesa, dachte gewiß daran, als er sagte, „das hat man uns schon viele Male zuvor versprochen“.

Jetzt ist die Haltung der Arbeiter offensichtlich völlig anders als vor zehn Jahren. Die Streiks von 1970/71 hatten einen eindeutig ökonomischen Charakter. Keine der elf Forderungen des Streikkomitees der Warski-Werft in Szczecin (der führenden Arbeiterorganisation zur damaligen Zeit) ging über Zurücknahme von Preiserhöhungen, Forderungen nach Lohnerhöhungen und Garantien gegen Repressionen hinaus. Heute sind führende Elemente des in Gdansk residierenden überbetrieblichen Streikkomitees mit der oppositionellen katholischen Kirche und mit dem sozialdemokratischen Komitee zur sozialen Selbstverteidigung (KOR-KSS) assoziiert. Angesichts des großen Autoritätsverlustes der Bürokratie werden die Gewerkschaften stark dahin tendieren, das auf dem Papier festgehaltene Verbot politischer oppositioneller Tätigkeit zu unterlaufen.

Der spezifische Slogan „freie Gewerkschaften“, der seit Jahren vom CIA-gestützten Radio Free Europe und der katholischen Kirche propagiert wird, hat einen definitiv antikommunistischen und prowestlichen Anstrich bekommen. Man erinnere sich der Forderung der Kronstädter Meuterer von 1921 nach „freien Sowjets“ ohne Kommunisten! Ein intergalter Bestandteil des trotzkistischen Pro-

gramms für die politische Revolution des Proletariats in den degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten ist der Kampf für von bürokratischer Kontrolle unabhängige Gewerkschaften. Gewerkschaften und Streikrecht wären selbst in einem demokratisch regierten Arbeiterstaat notwendig, um Mißbrauch und Fehlern von Verwaltern und Managern zu begegnen. Aber es ist alles andere als klar, daß die von den Dissidenten seit langem anvisierten „freien Gewerkschaften“ frei vom Einfluß prokatholischer und mit der NATO sympathisierender Elemente wären, was eine tödliche Gefahr für die Arbeiterklasse bedeuten würde. In jedem Fall können sich und werden sich die „neuen, sich selbstverwaltenden“ Gewerkschaften heute in der in hohem Maße politisierten Situation Polens nicht auf Lohnfragen, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherung beschränken, wie das beispielsweise 1971 bei dem Arbeiterkomitee in Szczecin der Fall war. Sie werden entweder in den gewaltigen Sog der katholischen Kirche geraten oder müssen sich ihr im Namen sozialistischer Prinzipien entgegenstellen.

In welche Richtung die Entwicklung geht, würde wesentlich von der Präsenz einer revolutionären Avantgardepartei bestimmt werden. Eine zentrale Aufgabe für eine trotzkistische Organisation in Polen bestände darin, in diesen Gewerkschaften eine Reihe von Forderungen zu erheben, die die klerikal-nationalistischen Elemente unter den Arbeitern *abspalten* und sie aussondern würden. Diese Gewerkschaften müssen die vergesellschafteten Produktionsmittel und die proletarische Staatsmacht gegen den Imperialismus verteidigen. In Polen ist heute die elementare demokratische Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat eine Scheidelinie zwischen dem Kampf für Arbeiterdemokratie auf der einen und der tödlichen Bedrohung kapitalistischer Restauration auf der anderen Seite.

Die Keimzellen einer leninistisch-trotzkistischen Opposition in Polen würden nichts mit den gegenwärtigen Dissidentengruppen zu tun haben. Sie würde diese scharf angreifen, da sie die Streikenden an den Imperialismus, den Papst und an den antisowjetischen Nationalismus in der Tradition Pilsudskis zu ketten versuchen. Aber unter den rebellierenden Arbeitern muß es Elemente geben, die genug haben von der Bürokratie, gleichzeitig mit der Pseudodemokratie im Priestergewand nichts am Hut haben und sich auf die Tradition des polnischen Kommunismus zurückzubedenken bemühen. Vor allem unter dieser Schicht müssen Trotzkisten kämpfen, um die Kader zum Aufbau einer genuin kommunistischen proletarischen Partei zu gewinnen, die die kollektiven Eigentumsformen zu verteidigen und auszuweiten weiß und durch den Sturz der stalinistischen Kaste, die fälschlich im Namen der Arbeiter regiert, den Weg zum Sozialismus eröffnet.

Polens Proletariat repräsentiert die kämpferischste Arbeiterklasse im sowjetischen Block, deren Kampf für unabhängige Organisationen bis in die Mitte der fünfziger Jahre zurückgeht. Es ist auch das Land in Osteuropa, in dem es eine potentiell konterrevolutionäre Massenmobilisierung gibt, angeführt von der katholischen Kirche. So beschränken sich die Alternativen in der gegenwärtigen Krise, anders als in Ungarn 1956 oder in der Tschechoslowakei 1968, nicht auf proletarische politische Revolution oder stalinistische Restabilisierung. Gleichzeitig ist Polen nicht Afghanistan, wo die sowjetische Rote Armee mit ihrem Kampf zur Zerschlagung der vom Imperialismus unterstützten klerikal-reaktionären Rebellion eine progressive Rolle spielt. In gewissem Sinne steht Polen irgendwo zwischen Ungarn im Jahre 1956 und Afghanistan. Wie ist es zu dieser Situation gekommen?

Die bitteren Früchte des „Polnischen Oktober“ von 1956

Zentral für das Verständnis der außergewöhnlichen Instabilität des stalinistischen Polens ist der Kompromiß, der 1956 eine Arbeiterrevolution abwendete. Wie in anderen osteuropäischen Ländern rief die „Tauwetterperiode“ nach Stalins Tod auch in der polnischen Bürokratie eine tiefe

Fortgesetzt auf Seite 9

ABONNIERT!

SPARTAKIST 4

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Jahresabonnement 8,50 DM
Überseeabonnement (Luftpost) 10,- DM
einschließlich SPARTAKIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

ENTSPANNUNG:

DAS WAR'S.

Im Juni 1973, wenige Monate nach der Unterzeichnung der Pariser „Friedens“-Verbarungen und dem Rückzug amerikanischer Truppen aus Indochina, reiste Leonid Breschnjew nach Washington, um feierlich die Geburt einer neuen Ära namens „Entspannung“ zu verkünden. „Das Vierteljahrhundert der Kalten-Kriegs-Periode weicht nun friedlichen, von gegenseitigem Respekt und Zusammenarbeit getragenen Beziehungen zwischen den Staaten des Ostens und Westens“, proklamierte er und gab Richard Nixon einen dicken Wangenkuß. Als Antwort auf die feierliche Verkündung „einer Generation des Friedens“ durch Breschnjew und Nixon schrieben unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. damals einen Artikel mit der Überschrift: „Entspannung zwischen UdSSR und USA zum Untergang verurteilt“ (*Workers Vanguard* Nr. 24, 6. Juli 1973). Heute fragen wir: Wer hatte Recht, Breschnjew oder die Trotzlisten?

Die Entspannungspolitik ist also offiziell tot. Niemand, der auch nur ein wenig die Zeitung liest, glaubt, daß die Détente durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zunichte gemacht worden ist. Denn die Carter-Regierung betreibt schon seit geraumer Zeit eine Hetzkampagne gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat. Im Frühjahr 1979 befand sie sich in einem stillschweigenden Einverständnis mit Chinas Invasion in das mit den Sowjets verbündete Vietnam, im Sommer 1979 beschloß sie, die Entwicklung neuer Interkontinentalraketen, einer strategischen Erstschlagswaffe, voran zu treiben. Letzten Herbst peitschte sie die Stationierung einer neuen Generation nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch, die auf die Sowjetunion zielen. Während es bei Teilen der amerikanischen Bourgeoisie verhaltene Kritik an Carters hysterischem Säbelrasseln anlässlich Afghanistans gab, ist für alle Flügel des



Breschnjews Détente:
Mit dem Blut der Vietnamesen erkaufte

Buchbesprechung

MEMOIREN 1968-1973

Henry Kissinger

C. Bertelsmann Verlag, 1979

Erster von zwei Teilen



US-Imperialismus die Entspannungspolitik mit den Russen längst vorbei.

Selbst der Kreml muß mitbekommen haben, daß irgendwas schief gegangen ist, als sich der Hauptarchitekt der Entspannung, Henry Kissinger, auf einmal als einer der führenden Falken herausstellte, die die Carter-Regierung von rechts kritisieren. Anfang letzten Jahres attackierte er Carter in einem überall nachgedruckten Interview im Londoner *Economist* (3. Februar 1979) wegen dessen Streichung bzw. Verzögerung der Programme für B-1-Langstreckenbomber und Interkontinentalraketen. Hat Kissinger etwa seine Meinung über die Russen geändert, hat er auf einmal entdeckt, daß sie ... „Kommunisten“ sind? Seine kürzlich erschienenen Memoiren über die Jahre 1969–1973 (*Memoiren 1968–1973*, München, C. Bertelsmann Verlag, 1979) zeigen, daß Amerikas Möchtegern-Metternich in den frühen sechziger Jahren nicht weniger antisowjetisch oder militaristisch gewesen ist als heute. Was hat sich dann geändert? Was war dann die Entspannungspolitik?

Die Entspannungspolitik war eine Taktik aus einer Schwäche heraus. Der Grund dafür lag in der Demoralisierung und Auslaugung der amerikanischen Großmacht in dem langen und endgültig verlorenen Vietnamkrieg. Acht Jahre nach dem überstürzten Abzug der letzten amerikanischen Kampftruppen aus Indochina ist es etwas schwierig, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, was für ein vernichtender Schlag dieser Krieg für den US-Imperialismus und seine Rolle in der Welt war. Er zerstörte die Vorstellung von dem unbesiegbaren militärischen Koloß, untergrub die ökonomische Vorherrschaft der USA innerhalb der kapitalistischen Welt, zwang noch nie dagewesene Inflation und Lohnbeschränkungen einer Arbeiterklasse auf, die nicht mehr länger bereit war, die Ideologie des Kalten Krieges zu akzeptieren, und verursachte einen Aufschwung der Studentenbewegung in den Vereinigten Staaten.

Als Nixon kurz nach seiner Amtsübernahme 1969 Westeuropa besuchte, drängten ihn seine Verbündeten, so schnell wie möglich aus Vietnam abzuziehen. Der Krieg war zu einem chronischen Geschwür für das gesamte kapitalistische System geworden, und auch die anderen mußten dafür bluten. Aber die Auswirkungen auf die amerikanische Gesellschaft waren sogar noch schwerwiegender. Dieser schmutzige (und immer offenkundiger verlorene) Kolonialkrieg zerstörte fast jegliche moralische Unterstützung der Bevölkerung für antikommunistischen Militarismus. Der imperialistische Kriegsverbrecher Kissinger, der

die Bombardierung von Millionen wehrloser indochinesischer Bauern befahl, drückte seinen Schock über diese Stimmung aus:

„Die bisher fast im ganzen Volk einmütige Überzeugung, der Kalte Krieg sei durch die sowjetische Unnachgiebigkeit veranlaßt worden, widersprach jetzt eine lautstarke und gelegentlich sehr leidenschaftliche Minderheit, die behauptete, die Kriegslust Amerikas, der amerikanische Militarismus und der amerikanische Wirtschaftsimperialisismus seien die Wurzeln der internationalen Spannungen.“

Sowohl Kissingers als auch Nixons Memoiren enthüllen, wie sehr dieser Krieg das Selbstbewußtsein der amerikanischen herrschenden Elite erschütterte. Der unglaubliche, heroische Widerstand der Vietnamesen ließ ihre blasierte Überzeugung, überlegene Technik sei alles, wie eine Seifenblase platzen. Ebenso wurden sie in ihrem Glauben an die Moral und den Patriotismus der amerikanischen Jugend verunsichert. Der Kampf gegen die Nordvietnamesen und Vietcong machte die jungen Wehrpflichtigen nicht nur zu ausgeflippten Drogenkonsumenten, sondern brachte auch ihre Generale zur Verzweiflung. Kissinger beschreibt den erbärmlichen Zustand der Gemüter im Pentagon, als er ins Weiße Haus einzog:

„Sie waren demoralisiert durch den Befehl, Waffen herzustellen, an deren Wirksamkeit sie nicht glaubten und

durch die Notwendigkeit, einen Krieg zu führen, dessen Ziel immer undeutlicher wurde.“

Die imperialistische Niederlage in Vietnam markierte den Niedergang der amerikanischen Großmacht. In diesem Zusammenhang war die Entspannungspolitik der Versuch, die Unterstützung der sowjetischen Bürokratie bei der Aufrechterhaltung des Status quo zu erlangen. Das bedeutete zunächst, vor allem das wacklige Saigoner Marionettenregime der USA zu erhalten, wenn auch nur für eine gewisse Zeit. Als Gegenleistung bot Washington einige ökonomische und diplomatische Konzessionen und das Versprechen, das Wettrüsten zu beenden. Und so lautete Kissingers bekannte Doktrin der „Verknüpfung“:

„Wir würden die Absichten der Sowjetunion auch danach beurteilen, wie weit sie bereit sei, auf breiter Front voranzugehen, besonders im Hinblick auf ihre Haltung zu Problemen des Nahen Ostens und Vietnams. Wir erwarteten von der Sowjetunion, daß sie an den Krisenherden überall auf der Welt Zurückhaltung übe.“

Nachdem der Kreml 1972 Nixon und Kissinger geholfen hatte, ihre „ehrenhafte Lösung“ in Vietnam zu erreichen, folgten die kurz befristeten Flitterwochen der Entspannung. Aber heute, wo der US-Imperialismus glaubt, daß er sein „Vietnamsyndrom“ überwunden hat, hat er die Entspannung über Bord geworfen so wie ein windiger

Hausbesitzer einen langjährigen Mieter vor die Tür setzt, wenn der Wohnungsmarkt günstig ist. Wirtschaftsverträge wurden gekündigt (kein Futtergetreide für sowjetisches Vieh), die diplomatische Zusammenarbeit wurde aufgekündigt (keine amerikanischen Sportler nach Moskau), und das Pentagon erhöht rapide seine militärischen Ausgaben, um wieder eine Überlegenheit in der nuklearen Erstschlagskapazität zu erlangen.

Die Sowjetunion schließt die Raketenlücke

Vom Standpunkt des amerikanischen imperialistischen Militarismus war der größte Unglücksfall des Vietnamkriegs wahrscheinlich der Verlust der Überlegenheit in den strategischen Atomwaffen gegenüber den Sowjets. Entgegen John F. Kennedys hysterischem Geschrei über eine „Raketenlücke“ war die Überlegenheit der USA auf diesem Gebiet in den frühen sechziger Jahren absolut überwältigend. Zur Zeit der kubanischen Raketenkrise 1962 besaßen die USA etwa 2 000 strategische Atomwaffen, die Russen vielleicht etwa 70! Angesichts solch einer Ausgangslage der extremen Schwäche das Wagnis einer militärischen Konfrontation eingegangen zu sein, war einer der Hauptgründe für den Rausschmiß Chruschtschows zwei Jahre später. Der sowjetische Diplomat Wassili Kusnezow, der den Abzug der Raketen aus Kuba aushandelte, erklärte Kennedys Vertreter John McCloy: „Nie wieder werdet ihr Amerikaner so etwas mit uns machen können!“ (zitiert aus Charles E. Bohlen, *Witness to History 1929–1969*).

Das neue Breschnjew/Kossygin-Regime beschleunigte das sowjetische Programm für strategische Waffen erheblich, mit dem festen Vorsatz, die tatsächliche Raketenlücke zu schließen. Das gelang ihnen vor allem deshalb, weil die amerikanische Kriegsmaschinerie in den vietnamesischen Sümpfen festgefahren war. Obwohl das Pentagonbudget zwischen 1965 und 1969 um etwa 40 Prozent in *realen* Zahlen gesteigert wurde, wurde diese enorme Summe und noch mehr für den Versuch verwendet, Nordvietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Angesichts der Verdreifachung der Inflationsrate von 1965 bis 1969 (von zwei auf sechs Prozent) und der wachsenden Unpopularität des Krieges wagten Johnson und nach ihm Nixon nicht, noch große neue Atomwaffenprogramme dem bereits unermeßlichen Militärbudget hinzuzufügen.

Auf dem Höhepunkt des Krieges beklagte sich der stellvertretende Finanzminister Murry Weidenbaum: „weil die nicht für Vietnam gedachten Posten des Militärhaushalts in den letzten Jahren immer mehr gekürzt worden sind, ist ein beträchtlicher ‚Nachschlag‘ notwendig“ (US-Senat, Außenpolitischer Ausschuss, *Impact of the War in Southeast Asia on the U.S. Economy*, 1970). Aber der sogenannte „Vietnamsog“ dauerte an. In den Finanzaufwendungen von 1972 für strategische Waffen gab es 7,2 Milliarden Dollar verglichen mit 8,3 Milliarden Dollar 1974, eine scharfe Senkung, wenn man die zwischenzeitliche Inflation hinzurechnet (US-Verteidigungsministerium, *Jahresbericht*, 1971). Für die Arbeiterklasse in den USA bedeutete der Vietnamkrieg Kanonen statt Butter, für das Pentagon Kanonen statt Raketen.

Wenn der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat heute mit den USA bei den strategischen Atomwaffen ungefähr gleichgezogen hat (was Revolutionäre begrüßen), müssen wir daran erinnern, daß dies mit vietnamesischem Blut erkaufte worden ist. Sieben Jahre lang kämpften die revolutionären Arbeiter und Bauern Vietnams, eines zurückgebliebenen Landes mit etwa 40 Millionen Einwohnern, *allein* gegen die größte Militärmacht der Welt. Die USA warfen mehr Bomben auf Indochina als von *sämtlichen* Kriegsmächten im gesamten Zweiten Weltkrieg abgeworfen worden sind. Und was tat die Sowjetunion, Hanoi angeblicher Verbündeter? Zu keinem Zeitpunkt drohte sie Vergeltung an, noch nicht einmal auf diplomatischer Ebene. Ganz im Gegenteil, Moskaus Beziehungen mit Washington verbes-

serten sich während des Krieges. Und sogar die sowjetischen Militärlieferungen nach Nordvietnam stellten nur einen kleinen Teil dessen dar, was die Kremlobürokratie für ihre *eigenen* Waffensysteme ausgab. Und sie waren obendrein noch veralteter als die Waffen, die sie Nassers Ägypten lieferte.

Die Überwindung der Raketenlücke durch die Sowjets hatte und hat immer noch einen erheblichen Spaltungseffekt auf die gegen sie zusammengerottete imperialistische Allianz. Die aus den fünfziger Jahren herrührende offizielle NATO-Doktrin lautete „massive Vergeltung“. Wenn Truppen des Warschauer Pakts in einem europäischen Krieg dabei wären, den Bodenkampf zu gewinnen (und das wurde erwartet), würden amerikanische Raketen einfach die sowjetische Bevölkerung auslöschen. Aber als die Sowjets die Kapazität für einen Gegenschlag auf die amerikanische Bevölkerung erlangt hatten, verlor diese Strategie, wie Kissinger es ausdrückte, „immer mehr an Glaubwürdigkeit“. Charles de Gaulle, mit seinem Spürsinn für historische Trends, war der erste, der fragte: „Werden die USA Chicago für Bonn riskieren?“ Er glaubte es nicht. Ein Jahrzehnt später wird die westdeutsche herrschende Klasse wieder diese unbotmäßige Frage stellen.

Seit den späten sechziger Jahren haben sich die NATO-Verbündeten gegenseitig übers Ohr gehauen, um ein Hintertürchen für den Tag des Weltuntergangs zu finden. Darum drehen sich alle internen NATO-Streitigkeiten über Atomwaffenpolitik. Die europäische Analyse für den schlimmsten Fall wurde vor einigen Jahren am deutlichsten von dem im Ruhestand befindlichen Luftwaffengeneral Johannes Steinhoff präsentiert. Er war gegen die Neutronenbombe, eine taktische nukleare Waffe, aus althergebrachtem Nationalismus heraus:

„Ich befürworte die Stationierung von atomaren Waffen als politisches Druckmittel, aber ich möchte verhindern, daß sie zu Feldwaffen werden... Ich bin entschieden gegen ihre taktische Anwendung auf unserem Boden. Ich kann keinen Atomkrieg auf deutschem Boden befürworten, während die Supermächte aus sicherer Entfernung zuschauen“ (zitiert aus Alex Vardamis, *German-American Military Fissures, Foreign Policy*, Frühjahr 1979).

Mit dem Zynismus eines typischen Realpolitikers unterstellt Kissinger seinen europäischen Verbündeten genau das entgegengesetzte machiavellistische Kalkül:

„Sie wollten die Sowjetunion glauben machen, jeder Angriff werde den Einsatz des nuklearen Arsenal der Vereinigten Staaten auslösen. Wenn diese Abschreckung jedoch nicht wirkte, waren sie nicht begierig darauf, daß wir die Drohung auf ihrem Boden wahr machten. Ihre geheime Hoffnung, die sie nie zu artikulieren wagten, bestand darin, daß die Verteidigung Europas in der Form eines interkontinentalen nuklearen Duells durchgeführt werden würde, das über ihre Köpfe hinweg stattfand.“

Mit der zunehmenden Durchlöcherung des amerikanischen Schutzschildes war es unvermeidbar, daß die europäischen imperialistischen Mächte ihren eigenen *Modus vivendi* mit Moskau suchen würden. Für Washington war die großtuerische „Unabhängigkeit“ des gaullistischen Frankreichs zwar unangenehm, aber doch nicht so ernst zu nehmen. Aber die Ausbreitung nationalistischer Illoyalität auf Westdeutschland, das sich zur dominierenden westeuropäischen Macht entwickelt hat, würde einen weitaus schwerwiegenderen Schlag für die amerikanische imperialistische Ordnung darstellen.

Bonn Ostpolitik macht Washington argwöhnisch

Während der fünfziger und sechziger Jahre war Westdeutschland von allen imperialistischen Verbündeten der USA der loyalste und am virulentesten antisowjetische Partner. Anfang der sechziger Jahre brummte Konrad

Adenauer, daß Kennedy „weich gegenüber den Russen“ sei, weil er mit ihnen über Kernwaffen verhandelte. Washington erprekte mit der Drohung, die US-Truppen am Rhein zu verringern, 1969 die Deutschen, ihren großen Dollarüberschuß nicht wie die Franzosen in Gold umzutauschen. Doch ein Jahrzehnt später sollte Bundeskanzler Schmidt zu der wichtigsten Figur in der imperialistischen Welt werden, der sich Amerikas neuer Kalten-Kriegs-Offensive widersetzt. Eine der führenden amerikanischen Wirtschaftszeitungen, *Business Week*, brachte kürzlich eine Titelgeschichte mit der Überschrift: „Deutschland: der widerwillige Verbündete – ökonomischer Gigant, hin- und hergerissen zwischen Ost und West“ (3. März). Was ist passiert?



Kriegsverbrecher und gescheiterter Metternich Henry Kissinger

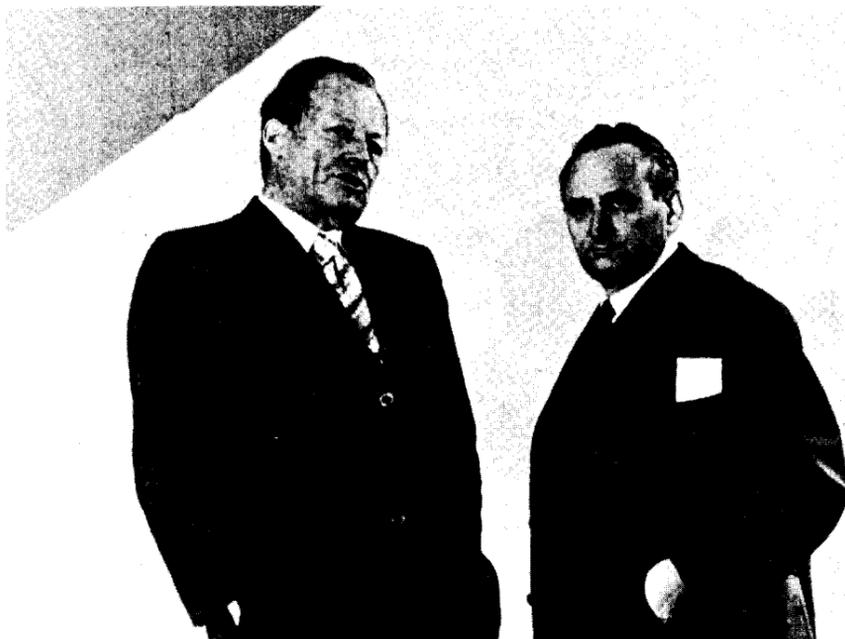
Kissinger hebt hervor, daß der westdeutsche Staat als einziger unter den europäischen imperialistischen Mächten „unerfüllte nationale Ziele“ hat. Bis 1971 erhob die BRD ja noch Souveränitätsansprüche gegenüber den Bürgern Ostdeutschlands, damals verächtlich die „Zone“ genannt. Bonn weigerte sich, mit irgendeinem Land (außer der UdSSR), das die DDR anerkannte, diplomatische Beziehungen zu unterhalten. Diese Politik, die Hallstein-Doktrin, war die diplomatische Attitüde des Bürgerkriegs. Washington nutzte berechnend die sowjetische Angst vor dem deutschen Revanchismus aus, es gab sich gelegentlich als die starke Hand, die seinen Bullterrier an der kurzen Leine hielt.

Während der fünfziger Jahre erklärte der CDU-Kanzler Adenauer, für die Wiedervereinigung sei „eine Politik der Stärke“ und ein enges Bündnis mit den USA vonnöten. Dies drückte jedoch keineswegs die übereinstimmende Meinung aller westdeutschen Politiker aus. 1952 schlug Stalin ein neutrales, wiedervereinigtes, kapitalistisches Deutschland vor, als ein Versuch in letzter Minute, den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verhindern. Vielleicht bluffte Stalin, aber selbst wenn er das tat, hat ihn niemand auf die Probe gestellt. Adenauer verwarf das sowjetische Angebot als eine List und führte Westdeutschland gehorsam in das von den USA geführte militärische Bündnis.

An diesem Punkt wurde er von dem sozialdemokratischen Führer Kurt Schumacher heftig angegriffen. Er habe die Möglichkeit der deutschen Einheit verspielt, weil er Stalins Angebot nicht aufgriff. Schumacher war kein pazifistischer Linker oder Freund der UdSSR. Er war entschieden nationalistisch und antikommunistisch. Schwer verkrüppelt durch die jahrelange Haft in den Nazi-KZs, glaubte Schumacher fest daran, daß die SPD den Sieg der Faschisten hätte verhindern können, wenn sie diese nur an Chauvinismus überboten hätte! Die oppositionelle SPD vertrat bis 1960 die Position des neutralen, wiedervereinigten Deutschlands, bis die Berlinkrise dieses Programm als völlig utopisch erscheinen ließ.

Die größere Bereitschaft der CDU, die Teilung Deutschlands durch den Kalten Krieg in Kauf zu nehmen (was Adenauers harte Haltung in der Praxis bedeutete), entsprang größtenteils engstirnigen parteipolitischen Überlegungen. Ostdeutschland war hauptsächlich protestantisch mit einem traditionell sozialistischen Proletariat. Die SPD glaubte fest daran, daß eine Wiedervereinigung sie zur natürlichen Mehrheitspartei machen würde, und dieser Ansicht war auch die CDU, die Nachfolgerin der alten katholischen Zentrumspartei. In einem gewissen Sinne entwickelte sich die SPD zur einzigen nationalen Partei Nachkriegsdeutschlands mit dem Glauben, sie hätte sowohl östlich als auch westlich der Elbe eine Basis und Wählerschaft. Die Verhärtung der Teilung Deutschlands durch den Kalten Krieg veränderte die westdeutsche politische Landschaft dahingehend, daß die Partei der Arbeiterbürokratie nationalgesinnter war als die führende bürgerliche Partei.

Der Bau der Berliner Mauer 1961 ließ die „Politik der Stärke“ des „Alten“ wie einen Luftballon platzen. Mitte der sechziger Jahre begann ein Teil der westdeutschen Bourgeoisie, deren Sprachrohr die kleine liberale FDP war, in der Sozialdemokratie eine ernstere und effektivere Agentur für eine imperialistische Außenpolitik zu erblicken, als in der NATO-hörigen CDU. 1969 übernahm



Brandt, Bahr: Ostpolitik fürs deutsche Kapital

Weder Strauss...

Fortsetzung von Seite 2

spiel der GIM setzt sich fort in ihrer Politik zu den Wahlen.

Auf ihrer Nationalen Konferenz im Februar stimmte die GIM mit knapper Mehrheit gegen Wahlunterstützung für die Sozialdemokraten. Doch nicht lange danach konnte die Mitgliedschaft in der *Frankfurter Rundschau* (5. Mai) lesen, daß VS- und GIM-Größen wie Ernest Mandel und Jakob Moneta die Arbeiter aufriefen, SPD zu wählen. Angesichts der Unfähigkeit der neuen „Mehrheit“, einem von Workeristen dominierten heterogenen Block, die Kontrolle über das politische Büro der Organisation oder über die Redaktion der *was tun* zu übernehmen, war es für Mandel & Co. ein leichtes, wieder Oberhand zu gewinnen. Eine neue Konferenz wurde Ende Juni durchgeführt und *was tun* trug in ihrer Ausgabe danach (17. Juli) die Überschrift: „Wählt SPD! Für eine sozialistische Antwort auf Schmidt!“

Schon vorher hatten die Mandel-Anhänger sich an den „Stoppt-Strauß-Komitees beteiligt, die darauf hinauslaufen, „linke“ Stimmen für die SPD zu gewinnen. Auf einer großen Anti-Strauß-Demonstration der „Gewerkschafter gegen rechts“ am 19. Mai in Westberlin lief die Anti-SPD-Hälfte der Berliner Ortsgruppe der GIM ohne eigene Transparente und Losungen als separates Häuflein mit, während die Mandelianer ein Flugblatt verteilten, in dem es heißt: „Die Sozialdemokratie ist aufgrund ihrer sozialen Wählerbasis und ihrer Verbindung mit den Gewerkschaften nicht in der Lage, einen Frontalangriff gegen die Arbeiter zu führen“.

Entspannung...

Fortsetzung von Seite 7

Willy Brandts SPD die Regierung in Koalition mit den Freien Demokraten. In diesem Jahr gab der Architekt der Ostpolitik, Willy Brandts Chefberater Egon Bahr, ein Interview, in dem er den möglichen Abzug sowohl der amerikanischen als auch der sowjetischen Truppen aus Deutschland, die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und die Errichtung einer zentral-europäischen Föderation entwarf. Die Ostpolitik wurde als der erste Schritt zu diesem Endziel betrachtet.

Die eigentlichen Ostverträge – das deutsch-sowjetische „Gewaltverzicht“-Übereinkommen von 1970, das Viermächte-Abkommen über Berlin von 1971 und der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag –, legitimierten in ihrer Essenz den Status quo. Nur der Berlinvertrag erforderte mehr als nur diplomatische Formulierungen, und dabei machte die sowjetische Seite die substantiellen Konzessionen. Sie versprach, den Transitverkehr nach Berlin nicht zu behindern und den Westberlinern denselben Zugang zur DDR zu ermöglichen wie den Westdeutschen. Als Gegenleistung bestätigten die imperialistischen Mächte, daß Westberlin kein Teil von Westdeutschland ist, wozu schon ein Blick auf die Karte genügt.

Aber die Regierung Nixon reagierte auf Brandts Ostpolitik mit extremem Argwohn. Der Mächtigen-Metternich im Weißen Haus spürte, daß dabei mehr im Spiel war, als die Normalisierung diplomatischer Beziehungen. Kissinger sah in der Politik der neuen Regierungsmannschaft in Bonn eine nationalistische Rückzugsbewegung aus dem atlantischen Bündnis:

„Ich hatte den Eindruck, daß die neue Ostpolitik Brandts, die viele als eine fortschrittliche Politik der Suche nach Entspannung ansahen, in den Händen bedenkenloser Leute zu einer neuen Form des klassischen deutschen Nationalismus werden konnte. Von Bismarck bis Rapallo war es das Wesen der nationalistischen Außenpolitik Deutschlands gewesen, zwischen Ost und West zu manövrieren.“

Wenn Kissinger Brandt selbst nicht zu den „bedenkenlosen Leuten“ zählt, so zählt er andere Elemente der SPD-Führung, darunter Bahr, durchaus dazu:

„Bahr gehörte zwar zur Linken, aber ich hielt ihn jedoch vor allem für einen deutschen Nationalisten, der Deutschlands zentrale Lage ausnutzen wollte, um mit beiden Seiten zu feilschen. Er gehörte zu den Leuten, die immer geglaubt hatten, Deutschland könne seiner nationalen Bestimmung nur gerecht werden, wenn es freundschaftliche Beziehungen zum Osten unterhielt oder wenigstens keine Feindschaft aufkommen ließ... Für ihn war Amerika nur ein Gewicht, daß auf die richtige Art und zur rechten Zeit zugunsten der Bundesrepublik auf die Waagschale gelegt werden mußte.“

Kissinger erwies sich hier als vorausschauend. Der bedeutendste Widerstand gegen die Politik des Zweiten Kalten Kriegs von Carter (und Kissinger) ist von dem Ostpolitik-Flügel der deutschen Sozialdemokratie gekommen, wobei Brandts Nachfolger, Helmut Schmidt, versucht, eine Mittelstellung einzunehmen. Der Führer der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, erklärte letzten Februar,

So lassen sich die Überreste der westdeutschen Neuen Linken von Strauß wieder in die Arme der SPD zurücktreiben, aus der sie vor zwölf Jahren hervorgegangen waren. Was sich einst die Außerparlamentarische Opposition nannte, suhlt sich wieder im Sumpf des parlamentarischen Kretinismus.

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands

Da die russische stalinistische Bürokratie einen Teil der deutschen Nation beherrscht und unterdrückt, spielt die nationale Frage in Deutschland eine weit größere Rolle als irgendwo sonst in Westeuropa, mit der Ausnahme von Nordirland und Spanien. Mehr noch, sie ist von strategischer Bedeutung für die europäische Revolution. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Konjunktur gewinnt das einzigartige Programm der Trotzkiistischen Liga Deutschlands und der internationalen Spartacist Tendenz für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands an besonderer Bedeutung: es trägt der Angst der westdeutschen Bevölkerung, in einen von den USA initiierten Krieg gegen die Sowjetunion hineingezogen zu werden, dem legitimen Nationalbewußtsein und der gerechtfertigten Feindschaft gegenüber der stalinistischen bürokratischen Herrschaft in Ostdeutschland Rechnung. Durch die bedingungslose Verteidigung des sowjetischen Blocks gegen die NATO, einschließlich der bevorzugten Zielscheibe der imperialistischen „Menschenrechts“-kampagne, der Berliner Mauer, zieht es auch eine scharfe Trennungslinie zum Antikommunismus.

Die Stärke des westdeutschen Maoismus war zum großen Teil die Folge der Kreml-Herrschaft über die DDR.

„nicht nur wir, sondern auch die andere Seite setzt ihre Rüstung aus Sorge und Angst fort.“ Unter diesen Ängsten und Sorgen führte er die fortgesetzte westliche technisch-militärische Überlegenheit und Chinas Kriegslüsterheit auf. Wehner schloß mit der rhetorischen Frage: „Ist es überraschend, daß die sowjetische Führung mit militärischen Maßnahmen reagiert, die von ihrem Standpunkt aus defensiv sind?“ (Interview im Deutschlandfunk).

Vor kurzem stieß Wehner wieder in ein Wespennest, als er die sowjetische Intervention in Afghanistan als einen „präventiven Akt“ bezeichnete. Ehemaliger führender deutscher Stalinist, trat Wehner erst kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in die SPD ein. Dieser Hintergrund und seine heutige Einstellung haben einige der paranoiden Typen in Washington zu den Spekulationen verführt, der SPD-Führer könnte ein KGB-Maulwurf sein – Kim Philby läßt grüßen!

Eine gebräuchliche Erklärung der gegenwärtigen Außenpolitik ist, daß Westeuropa, besonders Westdeutschland, mehr von der Entspannung profitierten als die USA. Läßt man die Frage von Wirtschaftsabkommen einmal beiseite, unterstellt diese Fragestellung, daß beide Seiten das gleiche Interesse an der Verbesserung der Beziehungen mit Moskau in den frühen siebziger Jahren hatten. Aber das war nicht der Fall. Die USA und Westeuropa verfolgten zwei unterschiedliche Versionen der Entspannungspolitik. Für den amerikanischen Imperialismus war die Entspannung hauptsächlich eine Verschnaufpause, um sich von der Niederlage in Vietnam und deren internationalen ökonomischen, strategisch-militärischen und innenpolitischen Nachwirkungen zu erholen.

Das Interesse der westeuropäischen Bourgeoisie, die Kalte-Kriegs-Polarisierung zu entspannen, war ein langfristigeres und strategisches Interesse. Besonders als sich die UdSSR dem nuklearen Gleichgewicht mit den USA näherten, verspürten die westeuropäischen Imperialisten keine Lust, in eine militärische Konfrontation mit den Sowjets hineingezogen zu werden, nur weil Amerika aufgrund seiner globalen Ambitionen die Muskeln spielen ließ. Die typische westdeutsche Reaktion auf Carters Kriegshetze unter dem Vorwand Afghanistans charakterisiert der Slogan: „Berlin ist wichtiger als Kabul!“ Für die Herrschenden des westdeutschen imperialistischen Staates hat die Entspannung den zusätzlichen Zweck, ein Klima für den eventuellen Rückkauf Ostdeutschlands von der sowjetischen Bürokratie zu schaffen.

Die Sozialdemokratie nutzt das nationale Bewußtsein des deutschen Proletariats für imperialistische Rückgewinnungspläne aus, wie sehr diese auch diplomatisch getarnt sein mögen. Ihr Gerede von der Wiedervereinigung der deutschen Nation dient einem Programm der *Konterrevolution* – Sturz der kollektiven Eigentumsformen in der DDR. Sogar Stalin selbst bot 1952 so etwas in seinem Vorschlag von einem wiedervereinten, neutralen, kapitalistischen Deutschland an. Wir Trotzkiisten dagegen sind die bedingungslosen Verteidiger dieser historischen Errungenschaften und fordern: *Revolutionäre Wiedervereinigung* Deutschlands durch sozialistische Revolution gegen den kapitalistischen Imperialismus und proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie!

(Wird fortgesetzt)

Übersetzt nach Workers Vanguard Nr. 253, 4. April 1980

Angesichts der aggressiven Aufforderungen der Pekinger Bürokratie an die NATO, gegen die Sowjetunion aufzurüsten, haben sich die Maoisten isoliert und stehen rechts von der Mehrheit der arbeitenden Massen. Ihr „natürlicher“ Verbündeter ist jetzt Strauß, der den Segen der chinesischen Bürokratenclique schon vor Jahren in der Großen Halle des Volkes erhalten hat. Als Folge bleiben nur die bedeutungslosen „Marxisten-Leninisten Deutschlands“ (MLD) sklavisch loyal gegenüber der chinesischen Linie, während der Rest der einstmaligen maoistischen Organisationen völlig konfus und krisengeschüttelt ist.

Der KBW begrüßte den Sieg der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen: „Ein Sieg der SPD soll sich nicht für die Bourgeoisie auszahlen, sondern von der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Bourgeoisie genutzt werden können“ (*Kommunistische Volkszeitung* Nr. 21, 19. Mai). Wozu dann die Eigenkandidatur des KBW auf Basis seines demokratisch/ökonomistischen Minimalprogramms dienen soll, bleibt genauso obskur wie die eiertanzartige Diskussion, die zur Zeit im KBW über die Frage der Vaterlandsverteidigung abläuft. Während er sich von seiner Parole „BRD raus aus der NATO“ noch nicht getrennt hat, unterstützt der KBW gleichzeitig uneingeschränkt die chinesische Drei-Welten-Theorie. Da die KBWler genau wissen müssen, was die chinesischen Führer damit bezwecken, wenn sie die BRD als Staat der „Zweiten Welt“ einstufen, können sie sich nur durch ein gerüttelt Maß an politischer Schizophrenie gegen die Konsequenzen stemmen, die die verflissene KPD gezogen und durch mehrere „Staatsbesuche“ Semlers in Peking hatte absichern lassen. Im gegenwärtigen Flügelkampf innerhalb des KBW scheinen sich beide Seiten wechselseitig vorzuwerfen, der Vaterlandsverteidigung Tor und Tür zu öffnen. Wen würde es wundern?

Und der klassisch neulinke KB schließlich ruft bei den Wahlen dazu auf, die grünen Nullwachstumsapostel dort zu unterstützen, „wo sie ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten“ (*Arbeiterkampf* Nr. 182, 28. Juli). „Progressivität“ als Kriterium für eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber die DKP. Eine Wahlunterstützung ist schon obskur genug – aber nicht einmal das erfüllen die Grünen, die „linken“ ebensowenig wie die „rechten“. Den antiproletarischen kleinbürgerlichen Grünen können Kommunisten *prinzipiell* keine Unterstützung geben. Konfrontiert mit „rechten“ Ökologen bekommen Teile des KB dann ein schlechtes Gewissen und bevorzugen ihnen gegenüber

„Dies ist ein riesiger Sieg für die Rechte der Arbeiterbewegung“, sagte Jane Margolis auf ihrer Pressekonferenz am 17. Juni während der diesjährigen Jahresdelegiertenversammlung der Telefonarbeitergewerkschaft CWA (Communications Workers of America). Im Juli vorigen Jahres wurde Margolis – gewählte Delegierte und Vertrauensfrau – kurz vor einem Auftritt von Jimmy Carter aus der Konferenz durch Secret-Service-Männer verschleppt, verhört und mit tagelanger Isolierhaft bedroht, da angeblich „Berichte“ aus ungenannten Quellen vorlägen, daß sie Carter nach dem Leben trachte. Sie wurde erst freigelassen, nachdem ein Fernsehreporter zufällig den Raum betrat und eine Erklärung forderte. Tageszeitungen von New York bis San Francisco berichteten über den Vorfall. Das Weiße Haus leugnete erst die Verschleppung und verstummte dann zu eisigem Schweigen (siehe: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 30, April 1980).

Jetzt, ein Jahr später, nach einer militanten gewerkschaftlichen Protestkampagne – einschließlich eines Gerichtsprozesses gegen Carters Geheimdienst –, haben Margolis und die Unterstützer des Gewerkschaftskomitees gegen Secret-Service-Übergriffe (UCASSH, Union Committee against Secret Service Harassment) einen bedeutenden Sieg für die CWA und die gesamte Arbeiterbewegung errungen. Auf der Pressekonferenz berichtete UCASSH, daß der Geheimdienst eine offizielle schriftliche Entschuldigung gegenüber Margolis abgegeben hat. Die Regierung machte außerdem 3 500 Dollar (etwa 6 000 DM) locker, um ihr „Bedauern“ in harter Währung auszudrücken. Mit einer großzügigen Geste zeigte Margolis ihre Arbeiter-solidarität: „Da gegen die Rechte der gesamten Gewerkschaft – die aller Delegierten und aller Mitglieder, die diese Delegierten für den Gewerkschaftskongreß gewählt haben – verstoßen wurde, spende ich den gesamten Scheck des Secret Service an den Verteidigungsfond der CWA!“

Sicherlich „bedauern“ der Secret Service und die Carter-Regierung den Überfall auf Jane Margolis. Sie bedauern, daß sie die Gewerkschafterin nicht kriminalisieren und mundtot machen konnten. Sie bedauern, keinen Präzedenzfall für Übergriffe auf Gewerkschaftsversammlungen geschaffen zu haben. Sie bedauern, daß ihre Schweigemauer durchbrochen und ihr schmutziger Trick zum Bumerang wurde – am meisten bedauern sie, daß sie die ganze Angelegenheit „bedauern“ müssen.

Margolis ist keineswegs aus Zufall herausgegriffen worden. Jane ist als Delegierte auf der Plattform „Nicht einen Groschen, nicht eine Stimme für die streikbrecherischen Demokraten und Republikaner“ gewählt worden. Sie ist eine führende Vertreterin des Militant Action Caucus (MAC), der wichtigsten oppositionellen Gruppe in der Gewerkschaft, die auf eine neun Jahre lange Geschichte des Kampfes für ein klassenkämpferisches Programm zurückblicken kann. Der Secret Service wollte sie daran hindern, in der Diskussion nach Carters Rede die arbeiterfeindliche Politik seiner Regierung vor der Gewerkschaftskonferenz anzuprangern. Aber Margolis ließ sich nicht mundtot machen!

Dieser Erfolg war ein Sieg für das Recht der Gewerk-

Militante Gewerkschafterin siegt über Carters Secret Service

schaften, sich ohne Furcht vor Einschüchterung, Übergriffen und Einmischung der Regierung versammeln zu können. Und er war nur möglich, weil es einen breiten Protest von Gewerkschaftern und Bürgerrechtlern gegeben hat. UCASSH formierte sich im November innerhalb der Telefonarbeitergewerkschaft und sorgte für Öffentlichkeit und finanzielle Unterstützung (innerhalb weniger Monate 14 000 Dollar). 49 CWA-Vertrauensmänner und -frauen unterstützten Margolis' Klage, ebenso Gewerkschaftsgruppen von New York City bis Portland, Oregon.

Sozialisten engagierten sich von Anfang an für den Fall: James Robertson, Vorsitzender der Spartacist League/U.S. und enger Freund von Margolis, rief unmittelbar nach Bekanntwerden des Übergriffes im Weißen Haus an und verlangte ihre Freilassung und eine offizielle Entschuldigung. Als sein Gesprächspartner vom Stab des Weißen Hauses ihm erklärte, so könne man nicht mit ihm reden, sonst hänge er auf, erinnerte ihn Robertson mit Nachdruck daran, was mit Richard Nixon passiert ist. SL-Unterstützer und Freunde setzten sich energisch für UCASSH ein und ein Rechtsanwalt des Partisan Defense Committee beteiligte sich an dem Verteidigungsteam unter der Führung von Charles Garry, das den Fall Jane Margolis gegen Secret Service vor Gericht brachte: Gegen Übergriffe in die Privatsphäre, tätlichen Angriff, widerrechtliche Festnahme und Verletzung von Margolis' Verfassungsrechten.

„Wir registrierten ein großes Interesse für unseren Fall, da viele Gewerkschafter ebenfalls Opfer von Regierungsübergriffen sind, und alle waren aufgeregt darüber, daß jemand zurückzuschlagen wagt“, kommentierte Jane Margolis die Unterstützungsbereitschaft vieler Gewerkschafter in einem Interview mit *Workers Vanguard*. Sie erwähnte die International Association of Machinists – IAM (Metallfachtarbeitergewerkschaft), wo bei einer IAM-Demonstration gegen Carters Energiepolitik im letzten Sommer der Secret Service einem Gewerkschaftsfotografen angedroht hatte, ihm Kamera und Film wegzunehmen.

Margolis bemerkte, wie absurd der Vorwurf war, sie bedrohe das Leben von Carter: Nach ihrer Festnahme hielten die Agenten eine Durchsuchung für unnötig – nicht mal ihre Handtasche wurde untersucht – sie interessierten sich nur für ihr Notizbuch, in dem Stichpunkte zu ihrer Rede gegen Carter standen. Und sogar selbst während der Prozeßvorbereitungen wurde sie zum Hilton Hotel in San Francisco hingeschickt, um Telefone für Vizepräsident

Walter Mondale zu installieren. Nein, hier ging es um politische Knebelung.

Viele CWA-Bürokraten, von dem internationalen Präsidenten Glenn Watts bis zu Sekretären von Janes eigenem Local 9410 (Ortsgruppe San Francisco) versuchten, die Margolis-Kampagne zu sabotieren. Watts leugnete auf der diesjährigen Delegiertenversammlung sogar, daß Jane Margolis letztes Jahr irgendetwas passiert sei. Watts und Co. sind so eng mit Carter verbunden, daß sie blind sind gegenüber der Bedrohung der gesamten Gewerkschaft, wie sie durch das Eindringen in die CWA-Versammlung und die Festnahme von Margolis deutlich geworden ist.

Margolis und der Militant Action Caucus in der CWA kämpfen für die Verteidigung der Gewerkschaften gegen Kapitalisten und ihre Regierung, wo eine Machtprobe mit „Ma Bell“ (AT & T), dem größten Telefon-Konzern der USA, im August nach Auslaufen des Tarifvertrages bevorsteht. Bereits jetzt wird versucht, militante Gewerkschafter – wie auch Margolis – zu feuern. Der MAC verteilte auf der diesjährigen Delegiertenkonferenz ein Flugblatt „Brecht mit Carter – Für einen nationalen Streik 1980“: Für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Kampf der Arbeitshetze, für eine unbegrenzte Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen. Watts dagegen versuchte, eine Jubelveranstaltung für Carter über die Bühne zu bringen. Die CWA kann eine wirkliche *Macht* darstellen. Aber die heutige Gewerkschaftsführung benutzt dieses Potential nicht, sondern predigt Vertrauen in die Demokratische Partei. Doch Carter und Kennedy sind wie Reagan Vertreter der Interessen der Bosse und der Industrie. Sie versuchen die Arbeiter in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu hetzen, kürzen die Sozialleistungen und die Löhne, verteufeln die Gewerkschaften, während Entlassungswellen im Gange sind, die Arbeitslosigkeit für rassische Minderheiten bei 14 Prozent liegt und ein Klima geschaffen wird, das den Ku Klux Klan und die Nazis aus ihren Löchern kriechen läßt. Deshalb fordert MAC seit seiner Entstehung vor neun Jahren eine Arbeiterpartei und eine Arbeiterregierung, die die Industrie entschädigungslos enteignet und nach den sozialen Bedürfnissen der Werktätigen – nicht nach dem Profitprinzip – neu organisiert.

Jane Margolis bedankt sich bei allen, die diesen Sieg gegen die Regierung ermöglicht haben: „Wenn wir gegen die Regierung gewinnen können, können wir auch gegen Ma Bell gewinnen!“ Herzlichen Glückwunsch: Ein wohlgekämpfter Sieg! ■

Polen...

Fortsetzung von Seite 5

Krise hervor, die sich auf andere Teile der polnischen Gesellschaft ausweitete. Versprechungen von „sozialistischer Demokratie“ und einem höheren Lebensstandard führten in den Jahren 1953–56 zu stetig wachsender Dissidenz unter den Intellektuellen und zu Unruhe unter der Arbeiterklasse.

Im Juni 1956 marschierten Arbeiter der ZPSO-Lokomotivenfabrik in Poznan ins Stadtzentrum und forderten höhere Löhne und niedrigere Preise. Als es der Miliz nicht gelang, sie auseinanderzutreiben, griffen sie das Gebäude der Stadtverwaltung, den Radiosender und das Gefängnis an. Die Armee und Spezialeinheiten der Sicherheitspolizei wurden herbeigerufen. Über fünfzig Demonstranten wurden getötet, hunderte verwundet. Polen stand am Rande des Bürgerkriegs.

Im August wurde Wladyslaw Gomulka, der einen Ruf als verfolgter „national-liberaler“ Kommunist und als ehrlicher Arbeiterführer besaß, wieder in die PVAP aufgenommen, im Oktober wurde er erneut als Führer eingesetzt. Als ein ehemaliger Generalsekretär der polnischen Kommunistischen Partei wurde er von Stalin im Jahre 1948 als „Titoist“ hinausgesäubert und unter Hausarrest gestellt. Da er persönlich nicht die Verantwortung für die Verbrechen der Stalinzeit mittrug, war Gomulka ziemlich populär und genoß eine beträchtliche Autorität, vor allem unter sozialistischen Arbeitern.

Chruschtschow und seine Kumpane im Kreml fürchteten Gomulka noch immer als einen polnischen Tito und erwogen ernsthaft eine militärische Intervention, um ihn zu entmachten. Einer der Hauptfaktoren, die ihnen zuvor kamen, bestand darin, daß in großen Fabriken im ganzen Land Arbeiterräte Widerstand organisierten, um jeglichen Versuch der russischen Stalinisten und ihrer Agenten vor Ort zu verhindern, die „polnische Oktoberrevolution“

rückgängig zu machen. In der riesigen Zeran-Autofabrik in Warschau bewaffneten die Kommunisten die Arbeiter. Aber es waren nicht die Russen, die den „Polnischen Oktober“ schließlich abwürgten; es war Gomulka. Während er ein paar Jahre lang große Lohnerhöhungen zugestand, erdrosselte Gomulka nach und nach die Arbeiterräte, die ihm mit zur Macht verholfen hatten. Er unterdrückte auch die „marxoiden“ intellektuellen Dissidenten. Gleichzeitig wurde durch seine Politik unablässig die potentielle Basis der Konterrevolution gestärkt – die Bauern und Geistlichen.

Die Abschaffung der Agrarkollektivierung (die ohnehin nie weit gediehen war) hatte auf Polen beträchtliche ökonomische, soziale und politische Auswirkungen. Sie hat dem Land eine rückständige Kleinbauernwirtschaft beschert, die selbst nach osteuropäischen Maßstäben ineffizient ist. Mitte der siebziger Jahre betrug die bäuerliche Produktion in Polen pro Arbeitskraft beispielsweise weniger als zwei Fünftel der Produktion in der kollektivierten Landwirtschaft der Tschechoslowakei! Viele Bauern haben noch nicht einmal größere zusammenhängende Felder, sondern zerstückelte schmale Parzellen. Und der Pferdepfug ist bis heute noch ein übliches Bild in der polnischen Landwirtschaft. Die Landbevölkerung ist zunehmend überaltert, da die Söhne und Töchter der Bauern in Scharen in die Städte übersiedeln, wo der Lebensstandard spürbar höher ist.

Entgegen der imperialistischen Propaganda, daß Polen zu neunzig Prozent katholisch ist, hat die polnische Arbeiterbewegung seit Ende des letzten Jahrhunderts am Marx-schen Sozialismus festgehalten. Die Stärke der polnischen Kirche beruht auf dem sozialen Gewicht der ländlichen Kleinbourgeoisie. Und heute arbeitet ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung immer noch auf den Feldern. Achtzig Prozent des kultivierbaren Bodens sind in Privatbesitz. Nur durch die Beseitigung ihrer erbärmlichen Armut und ländlichen Isolierung können die Massen vom Einfluß des religiösen Obskurantismus befreit werden.

Die Förderung der Kollektivierung der Landwirtschaft

wäre eine unmittelbare zentrale Aufgabe für eine revolutionäre Arbeiterregierung. Das hat nichts gemein mit Stalins Massenterror und Zwangskollektivierung in den Jahren 1929–31. Billige Kredite und großzügige soziale Dienste würden denjenigen Bauern gewährt werden, die ihr Land und ihre Arbeitskraft zusammenlegen, während jene, die bäuerliche Kleinkapitalisten bleiben, höhere Steuern zahlen müßten.

Der polnische Stalinismus hat die Kirche nicht nur durch die Verewigung des privaten Landbesitzes, sondern auch in viel unmittelbarer Weise gestärkt. Seit 1956 ist die katholische ZNAK-Gruppe im Sejm (dem Parlament) die einzige legal anerkannte Opposition in irgendeinem osteuropäischen Land gewesen. Und das war im allgemeinen eine antidemokratische Opposition. Kirchensprecher haben die „Atheisierung“ der polnischen Jugend durch die öffentlichen Schulen denunziert und staatliche finanzielle Hilfe für die religiöse Unterweisung gefordert. Das polnische Gesundheitssystem ermöglicht sichere Abtreibungen zu einem symbolischen Preis. (Um Geld zu sparen, reisen Frauen aus Westeuropa nach Polen und lassen dort ihre Abtreibungen vornehmen.) Die auf die patriarchalische Familie und damit die uralte Unterdrückung der Frau eingeschworene Kirche hat diese sicheren billigen Abtreibungen als eines der größten „Verbrechen“ des kommunistischen Regimes ins Visier genommen.

In den späten sechziger Jahren hatte das Gomulka-Regime sein moralisches Kapital aus dem „Polnischen Oktober“ von 1956 so ziemlich verspielt. Die Wirtschaft stagnierte, die Reallöhne stiegen langsamer als in irgendeinem anderen osteuropäischen Land. Der „Prager Frühling“ 1968 in der benachbarten Tschechoslowakei versetzte die polnische Bürokratie in Panik, die eine Ausweitung der Unruhen auf ihr eigenes unruhiges und kämpferisches Volk befürchtete.

Unter diesen Umständen versuchte eine Fraktion in der Bürokratie um den Geheimdienstchef Mieczyslaw Moczar,

Fortgesetzt auf Seite 10

die Unzufriedenheit der Bevölkerung in die traditionellen Bahnen des antisemitischen polnischen Chauvinismus zu lenken. Unter der Rubrik „Antizionismus“ wurden die wenigen zehntausend Juden, die Hitlers Holocaust überlebt hatten, darunter viele loyale PVAP-Kader, aus dem Land vertrieben. (Fast keiner von ihnen ließ sich in Israel nieder; sie landeten eher in Kopenhagen oder Stockholm als Lehrer für slawische Sprachen.) Selbst Gomulkas jüdische Frau wurde als „Kosmopolitin“ beschimpft und wegen Mangel an „polnischem Patriotismus“ angegriffen. Die gegenwärtige politische Atmosphäre in Polen und vor allem die wachsende Autorität der Kirche ist durch die Hinaussäuberung der Juden bedingt, die traditionell in Osteuropa eine sozialistische und internationalistische kulturelle Elite stellten.

Blut an der Ostsee und Giereks Manöver

1970 beschloß das Gomulka-Regime, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise anzuheben, in der Hoffnung, die Bauern würden dann mehr produzieren. Einige Wochen vor Weihnachten – ein unglücklich dumm gewählter Zeitpunkt – kündigte die Regierung eine durchschnittlich dreißigprozentige Erhöhung der Lebensmittelpreise an. Die



Stanislaw Kania:
neuer Parteisekretär, aber wie lange?

Ostseehäfen explodierten. Von den Werftarbeitern angeführt griffen Tausende von Arbeitern – teilweise unter dem Gesang der Internationale – die Polizei an und versuchten die Parteibüros in Gdansk und Szczecin niederzubrennen. Gegen den Widerstand der Generalität setzte Gomulka die Armee mit ihren Panzern ein. Berichten zufolge wurden mehr als hundert Arbeiter getötet; die Zahl der Verwundeten ging in die Hunderte. Wieder stand Polen kurz vor einer revolutionären Explosion.

Und wieder präsentierte die Bürokratie den Arbeitern ein neues Gesicht und eine angeblich neue Politik. Edward Gierek, ein ehemaliger Bergarbeiter und Parteiboss des oberschlesischen Kohlreviers, galt als umgänglich, pragmatisch und kompetent. Einer weitverbreiteten Legende zufolge hat Gierek sofort, nachdem er Gomulkas Platz eingenommen hatte, die Preiserhöhungen rückgängig gemacht und damit die Streiks beendet. In Wirklichkeit tat er dies keineswegs, und die Streiks gingen weiter. Gierek bot zwar beträchtliche wirtschaftliche Zugeständnisse an, hielt aber daran fest, eine Rückkehr zum Preisniveau von 1966 sei unmöglich. Die ersten zwei Monate nach seiner Machtübernahme hastete er von einem Streikkomitee zum anderen und versuchte, ihnen sein Wirtschaftsprogramm schmackhaft zu machen. Ohne Erfolg. Ein hauptsächlich von Textilarbeiterinnen getragener Streik in Lodz Mitte Februar veranlaßte das neue Regime schließlich zum Nachgeben: die Preise wurden auf dem Stand von 1966 eingefroren.

Im Laufe seiner Verhandlungen mit den Streikkomitees Anfang 1971 mußte Gierek seine Rolle als führender Politiker eines Arbeiterstaates verteidigen und seine Politik damit rechtfertigen, sie vertrete die besonderen Interessen der Arbeiterklasse. Ihrerseits verkehrten die Delegierten der Streikkomitees mit Gierek nicht wie mit einem Vertreter einer feindlichen Ausbeuterklasse, sondern wie mit einem – wenn auch vielleicht nicht sehr vertrauenswürdigen, weil bürokratischen – Arbeiterführer, dessen Aufgabe es sei, den Interessen der Arbeiter zu dienen und deren Forderungen nach besten Kräften zu erfüllen. Die denkwürdige *neunstündige* Sitzung zwischen Gierek und dem Streikkomitee der Warski-Werft in Szczecin ist eine dramatische empirische Widerlegung aller Theorien über eine angebliche „Neue Klasse“ in den Staaten des sowjetischen und chinesischen Typs. Interessanterweise war der gegenwärtige Direktor der Lenin-Werft in Gdansk ein Mitglied des Streikkomitees, das 1971 mit Gierek verhandelte.

Während Gomulka 1956 den Arbeitern Demokratisierung versprochen hatte, versprach Gierek 1971 Wohlstand. Sie sollten ihn daran messen, wieviel Fleisch auf den Tisch käme. Er versprach beträchtliche Lohnerhöhungen für die Arbeiter, höhere Erzeugerpreise und staatliche Renten für die Bauern und rapide Modernisierung der polnischen Industrie. Und wie sollte dieses Wirtschaftswunder (ein tatsächlich von der offiziellen Propaganda gebrauchter Ausdruck) verwirklicht werden? Durch massive Anleihen vom

Westen und auch seitens der Sowjetunion. Die polnische stalinistische Bürokratie überwand die Krise von 1971/72; der Preis war die Verpfändung des Landes an westdeutsche Bankiers.

Für die kämpferischen Werftarbeiter der Ostseehäfen waren die Wirtschaftswunder-Versprechungen des neuen Regimes nicht ausreichend. Gierek mußte aus den Streikkomitees hervorgehende unabhängige Arbeiterkomitees und freie Wahlen für die offiziellen Gewerkschaften versprechen. Doch nach etwa einem Jahr hatte die Bürokratie die Sache fast wieder in der Hand: durch Entlassung einiger Komiteeführer und Korrumpierung anderer – vor allem aber, weil der außergewöhnliche Anstieg der Real-löhne von etwa acht Prozent pro Jahr die Unzufriedenheit und den kämpferischen Aktivismus der Arbeiter dämpfte. Edmund Baluka, ein jetzt im Exil lebender Führer des Arbeiterkomitees von Szczecin, beschrieb 1977 diese Entwicklung in einem Interview:

„Doch Gierek vollzog natürlich eine Kehrtwendung, und es gelang der Partei, teilweise durch Verbesserung der materiellen Situation der Arbeiter – damit aber auch durch massive Verschuldung Polens an den Westen und die Sowjetunion – ihre Reihen wieder zu schließen und die Kontrolle zurückzugewinnen.

Das Steigen des Lebensstandards gab den Arbeitern ein falsches Gefühl der Sicherheit; aber während der ersten zwei bis drei Jahre der Gierekherrschaft glaubten die Leute, die Dinge hätten sich in Polen wirklich zum Besseren gewandelt“ (*Labour Focus on Eastern Europe*, Mai/Juni 1977).

Das Wirtschaftswunder läßt Gierek im Stich

Giereks Wirtschaftsspezialisten hatten sich zum Ziel gesetzt, Polen in so etwas wie ein osteuropäisches Japan zu verwandeln. Sie behaupteten, Polen würde durch die massive Modernisierung der Industrieanlagen in der Lage sein, die Weltmärkte mit billigen Qualitätswaren zu überschwemmen und somit die fälligen Darlehen zurückzuzahlen. Die Chancen für das Gelingen dieses wirtschaftlichen Manövers – ohnehin gering – wurden durch die internationale Depression von 1974/75 zunichte gemacht. Ein tieferer Grund für das Fehlschlagen von Giereks ökonomischem Glücksspiel ist die Unfähigkeit des stalinistischen Regimes, den Enthusiasmus und die Opferbereitschaft der polnischen Arbeiterklasse zu mobilisieren. Diese Unfähigkeit ist bei einer Bürokratie chronisch und hat ihren Ursprung eher im Fehlen eines wirksam als Korrektiv funktionierenden Feedbacks als in den materiellen Privilegien.

Zwischen 1970 und 1975 stieg der Wert polnischer Importe aus dem Westen um unglaubliche 40 Prozent pro Jahr (*East European Economics*, Herbst 1979)! Die Exporte konnten damit natürlich nicht Schritt halten. 1976 waren die Importe zweimal, die gesamte Auslandsverschuldung dreimal so hoch wie der Geldwert der Exporte, und der Schuldendienst absorbierte 25 Prozent der Einkünfte an harten Devisen (U. S. Congress, Joint Economic Committee, *East European Economics Post-Helsinki*, 1977). Aber es kam noch schlimmer, als in den späten siebziger Jahren Polens große Kredite fällig wurden.

Polen war unter Gierek auf dem Weg dazu, die Ehre zu haben, als erstes kommunistisches Land international Bankrott zu erklären. Ende 1975 versuchte das Regime, die Wirtschaft gleichzeitig zu bremsen und sie wieder flott zu machen. Lohnerhöhungen sollten rückgängig gemacht werden, neue große Investitionsprojekte wurden praktisch eingefroren. Statt des massiven Zahlungsbilanzdefizits sollten künftig Überschüsse erzielt werden. Die Entscheidung im Juni 1976, die Preise für Nahrungsmittel um durchschnittlich 60 Prozent zu erhöhen, war teilweise dazu gedacht, die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln, aber hauptsächlich dafür, die inländische Kaufkraft zu verringern, damit mehr exportiert werden konnte. Oberflächlich gesehen, schien der Juni 1976 eine Wiederholung der Jahre 1970/71 zu sein. Das Regime kündigte Erhöhungen der Nahrungsmittelpreise an, die Arbeiter antworteten mit Massenstreiks und Protesten, das Regime nahm die Erhöhungen wieder zurück. Aber wichtiger als die Ähnlichkeiten sind vielleicht die Unterschiede.

Sechs Jahre zuvor hatte das Regime erst nach einer zwei Monate andauernden Streikwelle nachgegeben. Jetzt nahm Gierek die Preiserhöhungen innerhalb von 24 Stunden zurück, beim ersten Anzeichen eines Widerstands der Arbeiter. Im Dezember 1970 hatte Gomulka ein Massaker befohlen. 1976 verbot Gierek den Gebrauch von Waffen, und nur in der riesigen Ursus-Traktorenfabrik in der Nähe von Warschau und in der kleinen Industriestadt Radom wurde ernsthaft Gewalt angewendet. Die Arbeiter von Radom waren sehr wütend geworden, als sie bei der Besetzung des Parteibüros einen Vorrat von Schinken erster Qualität und anderer, auf dem inländischen Markt nicht zu erhaltender Luxusgüter fanden. Ende 1977 waren alle Arbeiter, die wegen Beteiligung an den Juni-Ereignissen im Gefängnis gesessen hatten, amnestiert, die meisten der Entlassenen wieder eingestellt.

Die Kirche betrieb ein schlaues Doppelspiel. Sie unterstützte die Preiserhöhungen, die ihrer bäuerlichen Basis zu gute kamen und sie als Verhandlungspartner mit dem Re-

gime aufwerteten. Zur gleichen Zeit forderte Kardinal Wyszynski die Freilassung der Arbeiter in den Gefängnissen, eine Forderung, die allgemein populär war.

Die Juni-Ereignisse stellten einen verheerenden und anhaltenden Schlag für die moralische Autorität des Regimes dar. Giereks frühere Versprechungen über Wohlstand wie nie zuvor wurden ihm um die Ohren geschlagen. Die allgemeine Haltung wurde so ausgedrückt: „Die Partei wollte der Bevölkerung den Mund mit Wurst stopfen, und jetzt gibt es keine Wurst.“ Die Regierung wurde weder gefürchtet noch respektiert. Korruption, schwarzer Markt, Teilnahmslosigkeit der Arbeiter verbreiteten sich, wurden sogar die Regel. In einem offenen Brief an Gierek schrieb Edward Ochab, ehemals Staatsoberhaupt und Generalsekretär der PVAP:

„Unter der Bevölkerung verbreitet sich die Überzeugung, daß man durch Ehrlichkeit nichts erreicht: die Tendenz zu Korruption, Cliquenwesen und unehrlichen Methoden, zu Geld zu kommen, wächst ständig“ (*Labour Focus on Eastern Europe*, März/April 1978).

Die Regierung versprach, die Bevölkerung in Ruhe zu lassen; als Gegenleistung wollte sie nur selbst in Ruhe gelassen werden. Die Weltwirtschaft wollte jedoch wollte Polen nicht in Ruhe lassen.

Für Arbeiterkontrolle der Produktion!

Obwohl die Regierung versprach, die Nahrungsmittelpreise einzufrieren, konnte sie zu diesen Preisen nicht den Markt befriedigen, besonders, da die Löhne sich weiter erhöhten. Die Erhöhung der Erzeugerpreise für die Bauern erbrachte nicht annähernd genug zusätzliche Produkte. Und die Nahrungsmittelsubventionen der Regierung – die Preisdifferenz zwischen dem, was der Bauer bekommt und dem, was der städtische Konsument bezahlt – bedeuteten für die gesamte Wirtschaft eine enorme und wachsende Belastung. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Kosten für die Nahrungsmittelsubventionen *verzwanzigfacht* (*Economist*, 12. Januar 1980)!

Das Regime versuchte, das Problem durch ein ausgeklügeltes System verschiedener Klassen von Einzelhandelsgeschäften zu umgehen. Je besser die Klasse, desto höher die Preise, desto wahrscheinlicher würden die Waren auch tatsächlich in den Regalen liegen. An der Spitze standen die Pewex-Läden, die Luxusgegenstände nur für westliche Währung verkauften.

Politisch daran gehindert, die Preise entsprechend der Anforderungen des Marktes zu erhöhen, suchte das Regime den Ausweg in einer Rationierung durch Warteschlangen. Und die Warteschlangen wurden immer länger, besonders nach der schlechten Ernte im letzten Jahr (zum Teil verursacht durch Bauernstreiks). Berichten zufolge steht es jetzt so schlecht, daß sogar die Regale in den Pewex-Läden leer sind. Eine typische polnische Familie bringt einen guten Teil ihrer freien Zeit mit der Jagd nach Nahrungsmitteln und anderen Verbrauchsgütern.

Die großen Lohnerhöhungen, die jetzt bewilligt worden sind, werden entweder zu galoppierender Inflation oder zu noch viel längeren Warteschlangen führen. Und die polnischen Arbeiter wissen das. Eine der Forderungen des Streikkomitees an der Ostseeküste lautet, zeitweilig Fleischrationierung vorzunehmen, um das gegenwärtige System unterschiedlicher Preise und immer länger werdender Warteschlangen zu ersetzen. Der Grund, warum die polnischen Arbeiter immer noch für mehr Lohn streiken, liegt darin, daß sie keine Kontrolle über die Wirtschaftspolitik haben und in jedem Fall unter Inflation und Verknappungen zu

SPARTACIST

Organ des Internationalen Exekutivkomitees
der internationalen Spartacist Tendenz

Deutsche Ausgabe

Nr. 7/8

Sommer 1980

- Afghanistan: Hoch die Rote Armee!
- Der Trotzismus und die sowjetisch-chinesische Spaltung
- Vorwärts zur Internationalen Trotzistischen Liga!
- Dokument der ersten Delegiertenkonferenz der IST
- Keine „kritische Unterstützung“ für die Volksfront

2,- DM

Zu beziehen über:

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

leiden hätten.

Die Sozialdemokraten des Komitees für soziale Selbstverteidigung (KOR-KSS) sind gegen die gegenwärtigen starken Lohnerhöhungen, mit der Begründung, diese würden nur der Inflationsspirale neue Nahrung zuführen. Kuron, Michnik & Co., sehr von sich selber eingenommen, schlagen dem stalinistischen Regime tatsächlich folgenden Handel vor (den sie natürlich nicht einhalten können): Gebt uns „freie Gewerkschaften“, beendet die Zensur usw., als Gegenleistung werden wir die Arbeiter davon überzeugen, daß sie ein paar Jahre Austeritätspolitik akzeptieren müssen. In einem Artikel im *Spiegel* (18. August) appelliert Michnik an Giereks bekannten Pragmatismus:

„... ob er einsieht, daß zur Durchführung notwendiger, aber unpopulärer ökonomischer Reformen ein Dialog mit dem Volk unerlässlich ist, läßt sich heute noch nicht beantworten.“

Aber die polnischen Arbeiter dürfen nicht für die grobe Mißwirtschaft von Giereks Regime bezahlen. Und sie sollten auch nicht das geringste Vertrauen in die „ökonomischen Reformen“ der Bürokratie haben. Eine egalitäre und rationale sozialistische Planung, die fähig ist, die schlimme Situation zu beseitigen, in die die Stalinisten die polnische Wirtschaft gebracht haben, ist nur unter einer Regierung möglich, die auf demokratisch gewählten Arbeiterräten (Sowjets) basiert. Als revolutionäre Übergangsmaßnahme zu diesem Ziel müssen die polnischen Arbeiter die Kontrolle über Produktion, Preise, Distribution und Außenhandel erkämpfen.

Das ökonomische Mismanagement der polnischen stalinistischen Bürokratie ist heute offenkundig. Nichtsdestoweniger bleibt die *historische Überlegenheit* kollektiver Eigentumsformen und zentralisierter Wirtschaftsplanung – selbst unter der Last einer parasitären Bürokratie – unbezweifelbar. Jeder polnische Arbeiter, der für bare Münze nimmt, was Radio Free Europe sagt, und glaubt, er wäre besser dran unter dem „freien Unternehmertum“ des Kapitalismus, sollte über folgende wenige Zahlen nachdenken: zwischen 1950 und 1976 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder 4,4 Prozent, die der rückständigen kapitalistischen Länder 5 Prozent und die der osteuropäischen Länder mit zentraler Planung 7,7 Prozent (*Scientific American*, September 1980).

Die Polen verfolgen widersprüchliche wirtschaftliche Ziele. Es gibt die überwältigende Forderung nach Auflösung der Spezialläden – eine egalitäre sozialistische Maßnahme. Dagegen würden alle diejenigen, die von ihren Verwandten in Amerika Dollars bekommen, diese gerne für aus dem Westen importierte Luxusgüter ausgeben. Für Streikführer, die sich nach dem Kapitalismus sehnen, schlagen wir einen langen Erholungsaufenthalt in Liverpool vor, wo sie nicht anstehen müssen, um irgendetwas zu kaufen. Natürlich werden sie Schwierigkeiten haben, einen Job zu finden, und selbst wenn sie das Glück haben, wird ihre Bezahlung so niedrig sein, daß sie ihren Fleischkonsum einschränken müssen. (Die Dissidenten sollten nach Afghanistan geschickt werden, wo sie herausfinden können, was es mit Carters „Menschenrechten“ auf sich hat; sie werden sehen, was mit ihnen geschieht, wenn sie versuchen, jungen Mädchen Lesen und Schreiben beizubringen.)

Brecht den ökonomischen Würgegriff der Imperialisten!

1978 wurden über 50 Prozent der polnischen Deviseneinkünfte in harten Währungen vom Schuldendienst aufgezehrt, 1979 waren es über 60 Prozent und heute sind es mehr als 90 Prozent! Nur Umschuldungsregelungen großen Ausmaßes hinderten Anfang letzten Jahres Polen daran, zum größten Bankrottfall der Welt zu werden. Aber Polens westliche Bankiers haben, aus entgegengesetzten Gründen, von Giereks ökonomischer Mißwirtschaft genauso die Nase voll wie die polnischen Arbeiter. Sie forderten und bekamen das Recht, in alle Bereiche der Wirtschaftspolitik Einblick zu nehmen, und ihre Empfehlungen werden sehr ernst genommen – ein solcher Schritt ist noch nie zuvor in einem deformierten Arbeiterstaat unternommen worden. Damals kommentierte ein Wirtschaftswissenschaftler für das Bankenkartell: „Dies ist das erste Mal, daß eine kommunistische Regierung aus Gründen der Zahlungsbilanz Sparmaßnahmen durchführt – eine zielbewußte Kürzung der geplanten Wachstumsrate“ (*New York Times*, 26. Januar 1979). Das ist die gleiche Sorte von Programm, die der Internationale Währungsfonds normalerweise neokolonialen Bankrottfällen wie der Türkei, Zaire und Peru aufzwingt.

Aber damit ist Giereks Polen ökonomisch zum Klienten Westdeutschlands geworden, dem es beträchtliche Mengen an Rohstoffen liefert. Die *New York Times* (20. August) stellte das während der gegenwärtigen Krise fest:

„Westdeutsche Banken, die bei der Kreditbeschaffung für Polen eine wichtige Rolle gespielt haben, hoben hervor, daß seine Vorkommen an Kohle, Kupfer, Silber, Platin und Vanadium Polen zu einem Kunden machen, der wesentlich vielversprechender ist als Ungarn oder die Tschechoslowakei.“

Ein westdeutscher Bankier schlägt jetzt vor, daß jede neue

Anleihe an Polen durch bestimmte Bergwerke und Fabriken abgesichert werden soll.

Nach der polnischen Krise und der ungarischen Revolution von 1956 setzte sich Shane Mage, Gründungsmitglied und ehemaliger Führer der Spartacist Tendenz (der inzwischen mit dem Marxismus gebrochen hat) theoretisch damit auseinander, welche Möglichkeiten der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa gegeben sind. Wenn eine kleinbürgerliche klerikale Partei durch eine „demokratische Revolution“ an die Macht kommen würde, postulierte er, könnte sie den Kapitalismus durch Eliminierung des Außenhandelsmonopols und die Wiedereingliederung des Landes in die Weltwirtschaft restaurieren, ohne in größerem Ausmaß Reprivatisierungen existierender Industriebetriebe vorzunehmen:

„Ein weiterer entscheidender Aspekt der Rückkehr zum Kapitalismus unter einer kleinbürgerlich-demokratischen Führung wäre die Verbindung Polens und Ungarns zum kapitalistischen Weltmarkt ...

Und was würde mit den nationalisierten Industrien geschehen? Sie würden den Interessen der Bauern und der Kleinbourgeoisie und den Bedürfnissen nach Handel mit den westlichen Kapitalisten dienen. Ungarn und Polen können kapitalistisch werden, ohne ein einziges großes Industrierwerk zu reprivatisieren, es ist nur notwendig, die Industrie zu einem Anhängsel der Bauernwirtschaft und des Weltmarktes umzufunktionieren“ (Shane Mage, *The Hungarian Revolution*, 1959).

Polen ist in beträchtlichem Maße zu einem Appendix des kapitalistischen Weltmarktes geworden; aber nicht, wie Mage es für möglich gehalten hatte, unter einer kleinbürgerlichen „demokratischen“ Partei, sondern unter einer instabilen stalinistischen Bürokratie, die versuchte, gleichzeitig eine kämpferische Arbeiterklasse und eine rückständige Kleinbauernschaft zu bestechen, indem sie den Reichtum des Landes an die Imperialisten verpfändete.

Die Antwort der Bourgeoisie der Welt und besonders der Westdeutschlands auf die polnische Krise ist gespalten in kurzfristige finanzielle Interessen und den historischen Appetit, die proletarische Staatsmacht im sowjetischen Block zu stürzen. Die meisten deutschen Bankiers wollen, daß Gierek die bestmöglichen Bedingungen bekommt. Schließlich haben sie ihn jahrelang gedrängt, die Nahrungsmittelsubventionen abzuschaffen und weitere Austeritätsmaßnahmen zu ergreifen. Franz-Josef Strauß dagegen fordert einen Aufschub der Anleihen an Polen, um das Regime zu erpressen, *allen* Forderungen des Streikkomitees stattzugeben.

Man kann jedoch nicht die Verbindung Polens mit dem westlichen Kapitalismus betrachten, ohne die Sowjetunion sehr stark in die Rechnung einzubeziehen. Dies nicht zu tun, hieße die Rechnung ohne den Wirt zu machen. Die Erfahrungen von 1970 und 1976 überzeugten den Kreml, daß, wenn die polnischen Massen zu sehr dazu gedrängt würden, die ausländischen Schulden zu bezahlen, eine allgemeine Explosion die Folge wäre, die – welchen Weg sie auch nehmen würde – ihm nur schaden könnte. Daher bezahlen die Russen einen guten Teil der polnischen Schulden, sowohl direkt als auch durch Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte an das Warschauer Regime. In gewissem Sinne ist Polen die Zwischenstation, über die das westliche Finanzkapital sich das Mehrprodukt sowjetischer Arbeiter und Bauern (deren Lebensstandard wesentlich niedriger ist als in Polen) unter den Nagel reißt. Wenn auch die polnischen Arbeiter das nicht erkennen, sehen die westlichen Bankiers diese Tatsache sehr klar. Das Hausorgan der internationalen Finanzwelt, der Londoner *Economist*, äußerte sich am 9. August folgendermaßen zu der gegenwärtigen Krise:

„Während der vergangenen polnischen Krisen ist die Sowjetunion mit Geld und Sonderlieferungen von Getreide eingesprungen. Aber die Polen könnten ihre Betteltouren nach Moskau überstrapaziert haben. In diesem Frühjahr hat die Sowjetunion Polen schon eine Milliarde Dollar geliehen, damit dringende Schuldentrückzahlungen geleistet werden konnten.“

Von einem internationalen Bankier, der es vorzog, anonym zu bleiben, gibt es sogar die Äußerung, eine sowjetische militärische Intervention würde Polens Kreditwürdigkeit verbessern (*New York Times*, 31. August).

Die wichtigste Aufgabe für das polnische Proletariat ist, den ökonomischen Würgegriff der Imperialisten zu zerbrechen. Das Streikkomitee von Gdansk fordert „volle Versorgung des inländischen Marktes mit Nahrungsmitteln, Exporte nur aus Überschüssen“. (Dagegen werden keine Importbeschränkungen gefordert.) Wirtschaftliche Autarkie ist *nicht* das, was Polen braucht. Im Gegenteil, eine sozialistische Wirtschaftsplanung sollte die internationale Arbeitsteilung maximal ausnutzen und so viel wie möglich ex- und importieren.

Eine revolutionäre Arbeiterregierung in Polen würde die *Auslandsverschuldung annullieren*. Nun, vielleicht nicht ganz. Die Arbeiter könnten Genossen Gierek & Co. nach Westdeutschland exportieren, wo sie *ihre* Verpflichtungen in einem Kohlebergwerk im Ruhrgebiet abarbeiten dürfen. Alles eine schöne Idee, könnte ein polnischer Arbeiter sagen, werden aber die Bankiers in Frankfurt 20 Milliarden Dollar mit einem Schulterzucken abschreiben? Wie steht es mit imperialistischen Vergeltungsmaßnahmen, ökonomischen oder militärischen? Die polnischen Arbeiter können solch einer Vergeltung nur dadurch begegnen, daß sie das westeuropäische, besonders das westdeutsche Proletariat unter dem Banner der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa mobilisieren.

Für die revolutionäre Einheit der polnischen und russischen Arbeiter!

Alle organisierten Kräfte des politischen Lebens in Polen – die stalinistische Bürokratie, die Kirche und alle Flügel der Dissidentenbewegung – schüren die Feindschaft gegenüber Rußland als *dem Feind* des polnischen Volkes. Die Regime von Gomulka und Gierek drohten immer, daß Massenkämpfe, sogar rein ökonomische Streiks, die sowjetische Rote Armee ins Land bringen würden. „Unsere brüderlichen Verbündeten sind besorgt“, lautet der Standardsatz. Und natürlich haben Papst Wojtylas Kirche und die um sie gruppierte Dissidentenbewegung als Endziel „nationale Unabhängigkeit“ (wie unter Pilsudski?), obwohl sie sich untereinander uneinig sind, wie das zu erreichen sei.

Ein unverzichtbares Kriterium für eine revolutionäre Partei in Polen ist eine positive Orientierung auf die russische Arbeiterklasse (die, wie schon erwähnt, einen nicht kleinen Anteil von Polens Schulden an den Westen bezahlt). Und das ist nicht einfach eine Sache von abstraktem proletarischem Internationalismus. Es ist eine Sache von Leben und Tod.

In Osteuropa verbreitete Illusionen über den guten Willen der westlichen kapitalistischen Mächte, werden in der Sowjetunion nicht geteilt. Die sowjetische Bevölkerung, die beim Kampf gegen Nazi-Deutschland 20 Millionen Menschen verloren hat, weiß, daß sich das Atombombenarsenal der NATO gegen sie richtet. Washingtons offene Drohungen mit einem nuklearen Erstschnitzschlag haben dieses Verständnis jetzt noch verschärft. Die sowjetischen Massen wissen auch, daß der Krieg der Imperialisten gegen ihr Land, ob heiß oder kalt, mit der bolschewistischen Revolution im Oktober 1917 begonnen hat. Russische Arbeiter sehen prowestliche „Dissidenten“ wie Sacharow als das an, was sie sind – Verräter an der sozialistischen Revolution.

Wenn der Kreml glaubt, sich bei der Unterdrückung jedes Massenaufstands in Polen oder der Tschechoslowakei auf die sowjetische Wehrpflichtigenarmee verlassen zu können, ist das nicht einfach eine Frage mechanischer Disziplin oder des großrussischen Chauvinismus. Die sowjetische Bevölkerung fürchtet, daß Osteuropa in feindliche, mit den Imperialisten verbündete Staaten transformiert und die NATO bis zu ihrer eigenen Grenze ausgedehnt werden könnte. Diese berechtigte Furcht wird von der Bürokratie im Kreml dazu benutzt, Unruhen und demokratische Sehnsüchte wie in der Tschechoslowakei 1968 zu zerschlagen. Es gibt zahlreiche Berichte darüber, wie erschüttert sowjetische Soldaten waren, als sie sich beim Einmarsch in Prag nicht, wie man ihnen gesagt hatte, einer blutigen faschistischen Konterrevolution gegenübersehen, sondern Protesten von kommunistischen Arbeitern und linken Studenten.

Die revolutionären polnischen Arbeiter werden nur Gehör bei sowjetischen Soldaten finden, wenn sie ihnen versichern, daß sie jenen Teil der Welt gegen imperialistische Angriffe verteidigen werden. Eine polnische Arbeiterregierung muß eine militärische Bastion gegen die NATO sein. Und eine proletarische politische Revolution in Polen muß sich auf die Sowjetunion ausweiten, oder sie wird auf die eine oder die andere Weise zerschlagen werden.

Für Gewerkschaften, die unabhängig von bürokratischer Kontrolle sind und auf dem Programm der Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums basieren!
Für die völlige Trennung von Kirche und Staat! Bekämpft die klerikal-nationalistische Reaktion! Seid wachsam gegen Bestrebungen, den Kapitalismus zu restaurieren!
Fördert die Kollektivierung der Landwirtschaft!
Für Arbeiterkontrolle über Produktion, Preise, Distribution und Außenhandel!
Für proletarische politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie – Für eine Regierung auf der Basis von demokratisch gewählten Arbeiterräten (Sowjets)!
Zerbrecht den ökonomischen Würgegriff der Imperialisten – annulliert die Auslandsverschuldung! Für internationale sozialistische Wirtschaftsplanung!
Für militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus! Für revolutionäre Einheit der polnischen und sowjetischen Arbeiterklasse!
Für eine trotzkistische Partei in Polen, Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale!

Nach Workers Vanguard Nr. 263, 5. September 1980

Korrektur

Im *Spartakist* Nr. 31 (Juni 1980) berichteten wir – nach Informationen aus *Socialist Challenge*, der Zeitung der britischen Schwesterorganisation der GIM – über die Ermordung eines HKS-Mitglieds in Iran. Inzwischen jedoch druckte *Socialist Challenge* (5. Juni) einen Brief vom Verfasser des ursprünglichen Artikels ab, in dem er erklärt, daß eine Namensverwechslung vorgelegen hätte und kein HKS-Mitglied in Ahwaz hingerichtet worden wäre.

SPARTAKIST

Bekämpft die klerikale Reaktion!

Für proletarische politische Revolution!

Arbeiterstreiks in Polen

Jedermann sah voraus, daß es kommen würde. Eine ungeduldige, kämpferische Arbeiterklasse, Bauernstreiks, massive Auslandsschulden, chronischer und weitverbreiteter Mangel an Lebensmitteln, eine mächtige und zunehmend selbstbewußtere katholische Kirche, das Keimen sozialdemokratischer und klerikal-nationalistischer oppositioneller Gruppen. Alle Elemente waren da. Polen in den späten siebziger Jahren: eine sich vertiefende Krise, die auf eine Explosion zusteuerte, eine Explosion, die entweder zur proletarischen politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie oder zur von Papst Wojtylas Kirche geführten kapitalistischen Konterrevolution führen könnte.

Und als es passierte, zog es die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für zwei geschlagene Wochen auf sich. Der Generalstreik an der Ostseeküste war die gewaltigste Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse seit dem Pariser Mai 1968. Aber war es eine Mobilisierung für die Arbeiterklasse? Das ist die entscheidende Frage.

Jetzt hat man sich geeinigt – auf dem Papier. Die polnischen Arbeiter haben die Bürokratie gezwungen, der Schaffung „neuer, sich selbst verwaltender Gewerkschaften“ zuzustimmen, mit dem Versprechen, daß diese die „führende Rolle“ der Kommunistischen Partei anerkennen und sich nicht in politischen Aktivitäten engagieren. Insofern wie das Abkommen die polnische Arbeitermacht zum Kampf gegen die stalinistische Bürokratie vergrößert, können Revolutionäre den Streik und sein Ergebnis unterstützen. Aber man muß schon blind sein, um den ungeheuren Einfluß der katholischen Kirche und auch die prowestlichen Stimmungen unter den streikenden Arbeitern nicht zu sehen. Wenn das Abkommen die Arbeiterklasse organisatorisch stärkt, so stärkt es auch die Kräfte der Reaktion. Polen steht heute am Scheideweg.

Der Kompromiß schafft ökonomisch und politisch eine unhaltbare Situation. In einem Land, das vor dem internationalen Bankrott steht, das erheblich von der Sowjetunion subventioniert wird, kann dies nicht lange andauern. Die Polen fordern, daß sie wie Westdeutsche leben dürfen. Es gibt einen Witz in Polen: wir geben vor, zu arbeiten und die Regierung gibt vor, uns zu bezahlen. In Westdeutschland wird gearbeitet.

Die stalinistische Bürokratie kann mit dieser Art unabhängiger proletarischer Organisation, eine Form „kalter“ Doppelmacht, politisch nicht leben. Die Bürokratie ist nicht eine herrschende Klasse, deren soziale Macht auf dem Eigentum an Produktionsmitteln, sondern eine Kaste,

die auf der *Monopolisierung* der Regierungsmacht basiert.

Glücklicherweise hat jemand im Kreml Sinn für Humor. Wenn Gierék in Warschau mit dem Rücken zur Wand steht, dann steht Breschnjew in Moskau hinter ihm. Das Abkommen wurde – auf beiden Seiten – durch die Präsenz von vierzig sowjetischen Divisionen in Ostdeutschland bedingt. Der Kreml hat bereits scharfe Äußerungen über das Abkommen von sich gegeben und eine militärische Intervention der Sowjets kann nicht ausgeschlossen werden. Das Ende der Streiks ist nur der Beginn der Krise des stalinistischen Polen.

Arbeiterdemokratie oder klerikal-nationalistische Reaktion?

Die gegenwärtige Krise wurde zum wiederholten Male durch Fleischpreiserhöhungen ausgelöst. Am ersten Juli versuchte Gierék einen Trick und hatte Pech. Die Einfrierung der Preise fortzusetzen, war ökonomisch nicht tolerierbar, vor allem nicht für Polens westliche Geldgeber. Die Lebensmittelpreise zu erhöhen, ohne Lohnerhöhungen zu gewähren, hieß sofortige landesweite Protestaktionen und massive Streiks heraufzubeschwören wie im Dezember 1970 und im Juni 1976. Das Regime stellte sich vor, es könnte den finanziellen Aufwand und die sozialen Störungen möglichst klein halten, wenn man nur jenen Teilen der Arbeiterschaft Lohnerhöhungen gewährte, die Ärger bereiteten. Die Regierung gab ihre Bereitschaft zu erkennen, mit inoffiziellen Sprechern der Basis zu verhandeln, nicht nur mit Repräsentanten der staatlich gelenkten Gewerkschaften. In diesem Sinne ermutigte das Gierék-Regime kleinere Streiks um Lohnfragen als kleineres Übel.

Im Juli gab es eine Vielzahl von Bummelstreiks und Streiks – in einer Traktorenfabrik nahe Warschau, unter Eisenbahnern in Lublin, unter Stahlarbeitern in Krakau – die mit Hilfe erheblicher Lohnerhöhungen schnell beendet wurden. Die Streiks hatten – wie vorhersehbar – einen Schneeballeffekt. Andere Arbeiter traten in den Streik und verlangten ebenfalls mehr. Anfang August gab es hartnäckige Streiks der Warschauer Müllabfuhr und der Verkehrsbetriebe; einer der Führer wurde verhaftet.

Aber als am 14. August 17 000 Arbeiter die Gdanskener Lenin-Werft besetzten, sah sich das stalinistische Regime einer grundsätzlich anderen Herausforderung gegenüber. Es waren die Werftarbeiter der Küste, die Gomulka 1970 gestürzt und seinen Nachfolger Gierék gezwungen hatten, ein unabhängiges Arbeiterkomitee zeitweilig zu akzeptieren.



Eine der ersten Forderungen der Streikenden bestand darin, ein Denkmal für die Arbeiter zu errichten, die vor zehn Jahren getötet wurden, als Gomulka Panzer einsetzte, um wieder Ruhe herzustellen. Das Regime stimmte eifertig zu.

Innerhalb einer Woche hatten 150 000 die Arbeit niedergelegt, 200 Fabriken wurden geschlossen und die Ostseehäfen – Gdynia, Sopot, Szczecin, Elblag und natürlich Gdansk – lagen still. Und es sah so aus, als würde das Überbetriebliche Streikkomitee (MKS) auf jeder Sitzung weitere und immer politischere Forderungen aufstellen – „freie“ Gewerkschaften, Beendigung der Zensur, Freilassung aller politischen Gefangenen etc. Was als eine Serie kurzer ökonomischer Streiks begonnen hatte, entwickelte sich zu einem politischen Generalstreik.

Was ist der politische Charakter des Streiks und des Bewußtseins der Arbeiter? Gewiß reagieren die Arbeiter gegen bürokratisches Mismanagement, Privilegien und Mißbrauch. Die Beschwerden der polnischen Arbeiter haben eine reale Basis und sind berechtigt. Die Entlassung der alten Streikführerin Anna Walentynowicz wenige Monate vor ihrer Pensionierung, wodurch die Besetzung der Lenin-Werft ausgelöst wurde, muß jeden ehrlichen Arbeiter empören. Die Existenz exklusiver Sonderläden für Parteimitglieder und Polizisten, deren Abschaffung die Streikenden forderten, ist ein Skandal und schlägt den elementaren sozialistischen Prinzipien ins Gesicht.

Aber wenn man weiß, wogegen die Arbeiter der Hafenstädte unmittelbar reagieren, wofür treten sie dann ein, wem gilt ihre allgemeine Loyalität und was sind ihre positiven Auffassungen? Zu Beginn des Streiks gab es Berichte, daß die Internationale gesungen wurde, ein Indiz für ein gewisses Maß an sozialistischem Bewußtsein. Einige Mitglieder der Streikkomitees waren Basis-Sprecher im offiziellen Gewerkschaftsapparat gewesen, die bei dem Versuch, Arbeiterinteressen zu verteidigen, verfolgt wurden. Sie waren zweifellos und sind vielleicht immer noch Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Diese fortgeschrittenen Arbeiter wünschen gewiß ein wirkliches Arbeiterpolen und den Weltsozialismus.



Die streikenden Arbeiter erschüttern das stalinistische Regime, aber knien vor der katholischen Kirche